

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 14.

Diese Zeitung erscheint jede Woche. Sonnabend, Preis pro Quartal durch die Post bezogen. 1.-Mitgliedsbeitrag in die Sozialversicherungskasse. Nr. 6482. Bezeichnungserlaubnis für eingetragene Zeile über deren Raum 25, für Zahl 14 Bl. Op. Annahme 10 Bl.

Hannover,

Sonnabend, den 4. April 1908.

Verlag: A. Voßberg, Hannover. Mängelr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Mängelstraße 5, III.
Jahrespreis-Anschluß 3002.
Druck von E. L. & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Ausperrungen

bestehen in Sonneberg, Dresden, Hamburg, Braunschweig, Schönlake, Harburg, Schönebeck, Breslau, Mainz, Magdeburg und Werder.

An Streiks oder Ausperrungen beteiligt sind wir in Bavenburg, Niel, Stettin, Althaldensleben und Glensburg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Sechster Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, 22. Juni 1908,

in Hamburg im Gewerkschaftshaus.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.).
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien - Berlin. Beratung der Anträge be treffend:

- a) Allgemeine Agitation;
- b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichterstatterin: J. Altmann - Berlin;
- c) Agitation unter den Dienstboten. Berichterstatterin: H. Grünberg - Nürnberg;
- d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern;
- e) Streikunterstützung und Streikstatistik;
- f) Heimarbeiterschutz;
- g) Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logizzwanges beim Arbeitgeber. Berichterstatter: P. Blum - Berlin;
- h) "Correspondenzblatt".

3. Bericht über das Central-Arbeitersekretariat. Berichterstatter: W. Schmidt - Berlin.

- a) Die Vertretung der Rechtsschenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter: C. Lesch - Hamburg.

4. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: P. Lange - Hamburg.

5. Die gewöhnliche Stellenvermittlung. Referent: H. Bösch - Berlin.

6. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: O. Almann - Hamburg.

- 7. Grenzfürstigkeiten.

8. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

9. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: H. Molkenbuhr - Berlin.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 11. Mai 1908 an die Generalkommission einzuführen. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im "Correspondenzblatt" veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 22. Juni 1908, morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 27. Juni tagen.

Die Wahlen der Delegierten werden nach den von dem vierten Gewerkschaftskongress gegebenen Bestimmungen von den Vorständen der Zentralvereine ausgeschrieben werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

Zur Landarbeiterorganisation.

III.

Wir kommen zur Landarbeiterorganisation Deutschlands. Dabei unterlassen wir alle weitschweifigen Betrachtungen über die wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Lage der Landarbeiter und halten uns streng an unser Thema.

Vom 29. Juni bis 2. Juli 1908 tagte in Hannover der erste "Kongress aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands". Vertreten waren 28 Orte durch 29 Delegierte. In den meisten der Orte, die den Kongress besuchten, bestanden schon lokale Organisationen, die stärkste davon in Harburg mit rund 2000 Mitgliedern. Die einzelnen Delegierten erstatteten Bericht aus ihren Wahlkreisen, dabei erwähnten zwei Delegierte auch die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Einer — Heitsch-Uelzen — konnte berichten, daß die Mehrzahl seiner Wähler in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Nach der Aussprache wurde beschlossen, die bestehenden Losalvereine zu einem Zentralverein zu vereinigen. Eine dreigliedrige Kommission wurde gewählt zur Ausarbeitung eines geeigneten Titels für den neuen Verein. Dieselbe unterbreite dem Kongress folgende Vorschläge:

1. Allgemeiner Deutscher Arbeiterverband.
2. Zentralverband der Fabrik-, Land- und sonstigen gewerblichen Hilfsarbeiter.
3. Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Vorschlag 3 wurde angenommen. Auf wunderbar einfache Weise waren somit die Landarbeiter mit den Industriearbeitern zusammengekettet. Das war für die damalige Zeit kein Fehler. Es war vielmehr durchaus richtig, die Pforten der Organisation recht weit zu öffnen, um allen Arbeitern den Anschluß an die aufstrebenden Gewerkschaften zu ermöglichen. Namentlich war es richtig, auch den Landarbeitern, für die eine selbständige Organisation zur damaligen Zeit unmöglich gewesen wäre, den Anschluß an eine bestehende Organisation zu gestatten. Aber was 1890 war, muß nicht auch 1908 noch richtig sein. Die Unterstützung ihrer in der Industrie tätigen Klassengenossen brauchen die Landarbeiter noch heute, aber sie kann und muß ihnen heute in anderer Form gegeben werden.

Leider läßt sich nicht zahlenmäßig feststellen, was unsre Organisation in den 17 Jahren für die Landarbeiter aufgewandt hat. Im Verhältnis zur Stärke und Leistungsfähigkeit unsres Verbandes ist es zweifellos, namentlich in den ersten 10 Jahren, sehr viel gewesen; im Verhältnis zu der Aufgabe, die uns in der Organisierung der Landarbeiter gestellt war, war es weniger wie der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Auch über die Erfolge unsrer Tätigkeit, über die Zahl der organisierten Landarbeiter herrschte stetes Dunkel, nicht einmal zu einer Schätzung reichten die vorhandenen Unterlagen aus. Hier hat die vom Vorstand im August des Vorjahrs aufgenommene Statistik Abhilfe geschaffen. Die Bearbeitung derselben ist allerdings noch lange nicht beendet, wir bringen aber nachstehend einen Auszug, der über Zahl und Verteilung der organisierten Landarbeiter informiert.

Laut Abrechnung vom 3. Quartal zählte unser Verband am 1. Oktober 1907 133 412 Mitglieder in 517 Zahlstellen. Brauchbar ausgefüllte Fragebögen gingen 80 627 aus 428 Zahlstellen ein. 89 meist sehr kleine Zahlstellen sandten keine Bogen. Mithin haben rund 60 Prozent der Mitglieder die Fragebögen beantwortet.

Da nur solche Bogen als brauchbar betrachtet wurden, aus denen die Art der Beschäftigung zweifelsfrei hervorging, so ermöglicht die Aufnahme zahlenmäßige Angaben über die bei uns organisierten Landarbeiter. Wir sehen dabei voraus, daß der Prozentsatz der Beantwortete bei den Landarbeitern der gleiche ist, wie im Gesamtverband. Es lassen sich Gründe gegen diese Voraussetzung anführen. Es kann z. B. eingewendet werden, daß die Landarbeiter weniger gewerkschaftlich gefestigt seien, oder auch, daß die Aufnahme der Statistik in die Zeit der Ernte gefallen, wo den Landarbeitern wenig Zeit übrig bleibt. Diesen Einwänden können aber andere entgegengestellt werden. Einmal rekrutieren sich die gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter zweifellos aus den geistig regsamsten, und zweitens umfaßt gerade die Aufnahme zur Zeit der Ernte eine ganze Anzahl sogenannter Erntearbeiter, d. h. solcher Arbeiter, die nur zur Ernte auf dem Lande beschäftigt, also als eigentliche Landarbeiter kaum anzusehen sind. Nehmen wir also an, daß Für und Wider sich ausgleichen und bleiben wir bei den 60 Prozent, wir werden dabei zweifellos der Wirklichkeit ziemlich nahe kommen. Bemerkt sei noch, daß der Begriff Landarbeiter recht weit gefaßt worden ist. Es sind nicht nur die Schweizer, sondern auch Dreschmaschinen- und Drainagearbeiter darunter summirt.

Das Resultat ist allerdings geradezu lärmelich und wird voraussichtlich auch den letzten Gegner einer selbständigen Landarbeiterorganisation zum Paulus machen. Es sieht so aus:

Es füllten Fragebogen aus	80 627 Mitglieder
Davon waren Landarbeiter 1189 männl. u. 61 weibl.	
" Waldbarbeiter 100	" "
Mithin Land- u. Waldbarb. 1289	61 "
Zusammen 1350 Mitglieder.	

Bringen wir nun die ermittelten 1350 Landarbeiter als 60 Prozent der organisierten in Ansatz und erhöhen die Zahl um 40 Prozent, gleich 810, so erhalten wir eine Gesamtzahl von

2160 organisierten Landarbeitern.

Das wären also die "Früchte unsrer 17jährigen Agitationsarbeit", um die wir bei Gründung einer selbständigen Organisation "gepreßt" werden könnten.

Die Verteilung auf die Zahlstellen ist nicht weniger beachtenswert. Es hatten Landarbeiter als Mitglieder:

Keine	229 Zahlstellen	— Mitglieder
weniger als 10	159	juf. 512
10—50	37	" 604 "
über 50—100	2	" 110 "
über 100	1 Zahlstelle	124 "

Diese Zusammenstellung zeigt deutlich, daß es sich fast nirgends um eine nennenswerte Zahl organisierter Landarbeiter handelt, daß vielmehr die übergroße Mehrheit der dem Verband angehörenden aus ... stehenden Arbeitern besteht, die entweder direkt aus der Industrie in die Landwirtschaft versprengt sind, oder doch durch das Wirken und Kampfes der benachbarten Industriearbeiter beeinflußt und angezogen wurden. Sie sind "Anhänger", sonst nichts. Von einem Einfluß auf die Arbeitsbedingungen kann mit drei oder vier Ausnahmen nirgends die Rede sein.

Die geographische Verteilung veranschaulicht nachstehende Tabelle. Land- und Walbarbeiter waren organisiert:

In	Zahlstellen	Mitglieder
In Bayern	14	62
" Sachsen	22	134
" Württemberg	4	62
" Baden	5	32
" Hessen	6	22
" beiden Mecklenburg	12	72
" Oldenburg	2	23
" Braunschweig	6	70
" Hüt. Staaten	10	44
" Hamburg und Lübeck	2	21
" Preußen:		
Pr. Ostpreußen	3	5
" Pommern	15	107
" Schlesien	5	7
" Brandenburg	25	58
" Sachsen	26	382
" Schles.-Holstein	27	197
" Hannover	11	43
" sonstigen Provinzen	4	5
	199	1350

Über die Hälfte aller Organisierten fallen demnach auf die mit Industrie reich durchsetzten preußischen Provinzen Schleswig-Holstein und Sachsen und das Königreich Sachsen; in rein ländlichen Bezirken wie Ost- und Westpreußen ist die Mitgliederzahl gleich Null. Nicht stichhaltig erscheint hier der landläufige Einwand, daß die gesetzlichen Bestimmungen hieran schuld seien, denn in der Provinz Sachsen, die den reaktionären preußischen Bestimmungen unterliegt, ist die Zahl der Organisierten am höchsten. Umgekehrt weisen die Staaten Württemberg, Hessen und Baden, in denen feinerlei Hindernisse für die Betätigung des wirtschaftlichen Kampfes vorliegen, geradezu flagante Organisationsziffern auf, wobei natürlich in Ansatz zu bringen ist, daß die Zahl der organisationsfähigen Landarbeiter in diesen Staaten verhältnismäßig gering ist. Über den Einfluß der Organisation auf die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter lassen sich, mit Ausnahme der in Nr. 10 des "Proletariers" mitgeteilten, zahlenmäßige Angaben nicht machen. Groß ist dieser Einfluß jedenfalls nicht gewesen.

Aus dem Reichstage.

Am 26. März hat der Streit der Journalisten des Reichstags seine Beendigung gefunden. Herr Großer hat gegen Schlüß der Sitzung am 24. März sich wegen des ihm in der Entfernung entflohenen unparlamentarischen Austritts entschuldigt. Der Ausdruck war übrigens "Saubengel", nicht "Laußebengel" wie der Druckfehler in vorheriger Nummer des "Proletariers" behauptete. Die Herren von der Presse haben, mit Ausnahme jener, die für die "Germania" tätig, mit Bühigkeit in dem Kampf für ihre "Standesherrschaft" unter dem Beifall ihrer in- und ausländischen Kollegen ausgetragen. Die Herren von der "Germania" wollten wohl durch ihr Verhalten befinden, daß sie sich in Fragen der Solidarität von vielen christlichen Organisationsleitern nicht unterscheiden.

Ob nun die übrigen Herren, die im Kampf um die Standesherrschaft aufrecht blieben, aus diesem innigen Verständnis gewonnen haben für den Kampf um die Klassenherrschaft der Arbeiter, und ob dies Verständnis in einer würdigern Beurteilung dieses Kampfes Ausdruck finden wird, das muß man erst abwarten. Der Pressezeitung hat bewirkt, daß der Reichstag fünf Tage lang unter vollständigem Abschluß der Öffentlichkeit tagte. Über den wichtigen Abschnitt "Auswärtige Politik", über die erste Rede des Kanzlers und der Regierungsvorsteher hierzu hat das Volk nichts erfahren; so sehr der Kanzler auch wartete und einen vollen Sitzungstag verstreichen ließ, bevor er sich zum Worte meldete, wurde ihm zuliebe bei Streit nicht beobachtet. Ja: auch eine Grenze hat des Kanzlers Macht!

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik pflegt man der Regierung schon gar keine Ruhmeskränze zu leisten. Seit Jahren behauptet man, daß die deutschen Interessenvertreter, die deutsche Diplomatie nicht immer wisse, worauf es ankomme und sich daher bei Auswahl der Mittel vergreife. Das mag daher kommen, daß in den letzten Jahren es immer offenkundiger geworden ist, daß die Weltpolitik Ausdehnung des Besitzes im Auslande, Erweiterung der deutschen Interessengrenzen weniger auf dem Wege Friedlicher Eroberung und Verständigung, als vielmehr von dem Wirken der gepanzerten Faust und der gepanzerten Flotte erhofft. Daher die Verstimmung gegen Teutschland und seine Isolierung. Das leben aber die neutralen weissen, zahmen Kritiker aus den bürgerlichen Parteien nicht ein. Für sie sind die Erfolge oder Misserfolge der deutschen Diplomatie — Personenfragen. Sie sagen: Vergrößert die Auswahl nicht auf die Kreise des hohen Adels und der Zünfte, greift hinein in die Reihen der Geld- und Handelsherren, — und ihr werdet Bunder erleben. Nun ist ja halb und halb zugesagt, daß auch die Söhne der hohen Finanz an die diplomatischen Troüe gelangen sollen. Es ist weiter zugelassen eine längere und allgemeinere Vorbereitung für den auswärtigen Dienst. Wenn das alles gekommen, wird die Erfahrung gemacht werden, daß unsre militärischen Eroberungen in der Welt die gleichen geblieben, dafern sich in unserer inneren Politik nichts geändert.

haben sollte, agrarisch in der Handelspolitik noch Erfolg ist und man noch ländiger und machtvoller nach neuen Plätzen an der Sonne ausdrückt und durch Klostertungen die Meinung bestärkt, daß man zur Säumung des Sozial- und Gewerbeverbands nur auf Nachteil des Modellstaats verfügt, welche Gelegenheit warte. Über die Haager Konferenz hat noch verlangt und damit Gewerbeverbund und Gewerbeverein jetzt die zweite Tagung doch ganz andere Töne angekündigt, als sie vor ihrem Zusammentreffen im vorausgesagten Jahre. Wenn man sich weiter ausdrückt, "Dies macht sich, wie auch im heutigen Rechte, so wie zur Sprache gebracht wurde, namentlich in der Schweiz, wo man die politische Verhandlung verhindert, es nicht der Verdacht, daß die Polizei Einflüsse auf das Parlament ausübt. Das ist in Deutschland unter Aufwendung bedeutender Mittel verhindert worden, einfach am Dank der in den betreffenden deutschen Gesetzesentwürfen enthaltenen Angaben nachahmt und den heimischen sowie den ausländischen, speziell auch den deutschen Markt mit den betreffenden Produkten überschwemmt und sie zu einem Preise offeriert, den die deutschen Fabrikanten infolge der ihnen entstandenen Unlusten nicht halten konnten. Der Schaden, welcher der gesamten chemischen Industrie Deutschlands durch diesen unlauteren Wettkampf zugefügt wurde, bezeichnet sich auf Millionen von Mark jährlich und erst dadurch, daß die deutsche Regierung eingriff und sich bei dem neuen mit der Schweiz abzuschließenden Handelsvertrag das Recht vorbehält, einen Eingangsgesetz auf chemische Erzeugnisse zu legen, die aus der Schweiz kommen, konnte der schweizerische Bundesrat nach vorangegangener Abstimmung veranlaßt werden, eine entsprechende Abänderung des schweizerischen Patentgesetzes zu beschließen." Wo soll denn die Hochachtung des Arbeiters vor den chemischen Kapitalisten herkommen, wenn sich diese selbst derartig beschimpfen? Bekanntlich sind doch die Schweizer chemischen Kapitalisten auch aus keinem andern Zeige gebüsst.

Die hochfahrende Art, womit Bölicke am 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus den freimaurerischen Wahlrechtsantrag abgab, gerte den Herrn dieses Mal nicht, als er sagte, er wolle eine gründliche, verständige, auf richtiger Grundlage beruhende, für Preußen geeignete Wahlrechtsreform und werde sie zur Ausführung bringen! Ja, wie anders klängt es im preußischen Landtag! Damals lagte ein freimaurerischer Herr des Stods, er habe die Erklärung wie eine Wahlrechtsantrag! Der Wahlrechtskampf des Proletariats, seine Versammlungen und Demonstrationen sind also doch nicht ohne Einfluß geblieben! Dieser Einfluß, die politische Erziehung des Herrn Kanzlers ist um so bedeutender, weil er in der gleichen Rede sich als ein Feind des Reichstagswahlrechts gegeben, unter dem Jubelgefeuer der Konserватiven und dem Beifall des Nationalliberalen. Trotz der Feindseligkeit gegen das demokratische Wahlrecht rief der Herr eine Wahlrechtsreform in Aussicht. Dass er nach seiner Rede dem Reichstagwahlrecht am besten an den Fragen ginge, ist zur Beleg dafür, daß die Herren dem Willen des Volkes sich auf die Dauer nicht entgegenstellen können. Von den 11. Resolutionen wurden angemommen, die sich beziehen auf das Recht der Beamten bei Ausübung des Wahlrechts, Vereins- und Versammlungsrecht, Petitionsrecht, Meinungsfreiheit in Wort und Schrift, und andre, welche das Wahlgeheimnis besser schützen, eine endre, welche den im Staatsbetriebe tätigen Handarbeiter und Arbeitern das Recht geben will, Aussätze zu wählen, und endlich noch Resolutionen, welche gesetzliche Vorschriften über Verlust und Gewerb der Staatsangehörigkeit fordern. Der Wahlrechtsantrag des Sozialdemokraten wurde natürlich abgelehnt. Am 27. März gelangte dann der Reichshaushaltssatz in dritter Lesung zur Annahme. Einnahmen und Ausgabe des ordentlichen Hauses sind 249507108 M., des außerordentlichen Hauses 257751252 M. Daraus sind im Wege des Credits häufig zu machen 253030098 M. Zur Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 475 Millionen Mark hinaus, Schenkungsleistungen aus-

zubedient worden, welches der chemischen Industrie Deutschlands besonderer Leidhafte Anteil zur Klage gegeben hatte. Gemeint ist, obwohl es nicht der Patentgebot der Kulturwelt, welches vom Deutschen auf Nachteil des Sozial- und Gewerbeverbands seine Erfindungen geprägt, sondern die Legitimation, welche verschiedene neue Gewerbevereine nach ihrer Tagung doch ganz andere Töne angekündigt, als sie vor ihrem Zusammentreffen im vorausgesagten Jahre. Wenn man sich weiter ausdrückt, "Dies macht sich, wie auch im heutigen Rechte, so wie zur Sprache gebracht wurde, namentlich in der Schweiz, wo man die politische Verhandlung verhindert, es nicht der Verdacht, daß die Polizei Einflüsse auf das Parlament ausübt. Das ist in Deutschland unter Aufwendung bedeutender Mittel verhindert worden, einfach am Dank der in den betreffenden deutschen Gesetzesentwürfen enthaltenen Angaben nachahmt und den heimischen sowie den ausländischen, speziell auch den deutschen Markt mit den betreffenden Produkten überschwemmt und sie zu einem Preise offeriert, den die deutschen Fabrikanten infolge der ihnen entstandenen Unlusten nicht halten konnten. Der Schaden, welcher der gesamten chemischen Industrie Deutschlands durch diesen unlauteren Wettkampf zugefügt wurde, bezeichnet sich auf Millionen von Mark jährlich und erst dadurch, daß die deutsche Regierung eingriff und sich bei dem neuen mit der Schweiz abzuschließenden Handelsvertrag das Recht vorbehält, einen Eingangsgesetz auf chemische Erzeugnisse zu legen, die aus der Schweiz kommen, konnte der schweizerische Bundesrat nach vorangegangener Abstimmung veranlaßt werden, eine entsprechende Abänderung des schweizerischen Patentgesetzes zu beschließen." Wo soll denn die Hochachtung des Arbeiters vor den chemischen Kapitalisten herkommen, wenn sich diese selbst derartig beschimpfen? Bekanntlich sind doch die Schweizer chemischen Kapitalisten auch aus keinem andern Zeige gebüsst.

Nach den Ausschreibungen der konservativen Blätter wurden der chemischen Industrie Deutschlands im Februar d. J. nur 320000 Mark neues Kapital aufgeführt, gegen 2045000 M. im Januar d. J. und 3243000 M. im Februar des Vorjahrs. Der Zufuss des profitierenden Gelbes nahm also bei der chemischen Industrie jetzt ganz gewaltig ab. Dieselbe Errscheinung war jedoch in allen Gewerben zu verzeichnen. Es stürmten im Februar d. J. nur 72 Millionen der ganzen deutschen Wirtschaft als neue Anlagevermögen, gegen 93 Mill. M. im Januar d. J. und vollends gegen 112 Mill. M. im Februar des Vorjahrs. Die allgemeine Krise schwächt also überhaupt die kapitalistische Ausdehnung und Anhäufung von Kapitalen ab, nicht bloß in der chemischen Industrie.

Neue chemische Kapitalanlagen im Februar 1908.

Nach den Ausschreibungen der konservativen Blätter wurden der chemischen Industrie Deutschlands im Februar d. J. nur 320000 Mark neues Kapital aufgeführt, gegen 2045000 M. im Januar d. J. und 3243000 M. im Februar des Vorjahrs. Der Zufuss des profitierenden Gelbes nahm also bei der chemischen Industrie jetzt ganz gewaltig ab. Dieselbe Errscheinung war jedoch in allen Gewerben zu verzeichnen. Es stürmten im Februar d. J. nur 72 Millionen der ganzen deutschen Wirtschaft als neue Anlagevermögen, gegen 93 Mill. M. im Januar d. J. und vollends gegen 112 Mill. M. im Februar des Vorjahrs. Die allgemeine Krise schwächt also überhaupt die kapitalistische Ausdehnung und Anhäufung von Kapitalen ab, nicht bloß in der chemischen Industrie.

Die erste Konferenz der chemischen Industriearbeiter für den Mainz und Offenbach

tagte am 22. März im „Saalbau“, Offenbach. Anwesend waren 33 Delegierte, 4 Mitglieder des Gauvorstandes u. Dr. Max Quarr als Gast. Im Rahmen des Gauvorstandes eröffnete Gauleiter Endtchel um 10½ Uhr die Sitzung und bemerkte einleitend, daß die Konferenz als einzigen Punkt der Tagesordnung die Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und wie die Agitation für den Verband am besten unter diesen zu betreiben ist, zu erledigen hat. Bis heute hatten die in der Papier- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter noch keine solche durchaus wichtige Besprechung, doch ist anzunehmen, daß nach dem Verbandsstag der Fabrikarbeiter ein allgemeiner Kongress stattfindet. Redner verweist an der Hand der vom Verband herausgegebenen, von Dr. Quarr bearbeiteten Broschüre auf die Riesengewinnswelt der chemischen Industrie, die Riesengewinnswelt, die durch Fusionen mit großem Werken noch vermehrt wird. Fortgesetzt bilden sich Syndikate und Kartelle, um die Verkaufspreise in die Höhe zu treiben und auf dieser zu halten. Neben diesen Syndikaten hat sich ein Unternehmensverband gebildet mit dem Sitz in Berlin, der über reiche Mittel verfügt, da die chemischen Fabriken mit ihren Riesenprospekten kolossale Beiträge leisten. Die Arbeiterschaft stand bislang dieser Koalition indifferent gegenüber. Mit überlanger Arbeitszeit, niedrigen Löhnen und sogenannten Wohlfahrtsanstaltungen werden die Arbeiter niedergeschlagen. Die meisten Arbeiter kommen aus Orien, wie hinteres Taunus, Taunus, Taunus, Spessart und Glasmacherland, wo die Arbeiterschaft bewegung darunter liegt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Leidzargen ein. Trotz guter Agitationskräfte, Flugblätter und der vorzüchlichen Broschüre Quarrs war beispielweise in Frechenheim die Agitation nicht zu beleben. Es muß zugegeben werden, daß die Querschläger trotz aller Fazilität und Schönlichkeit noch schwer annehmbar für die chemischen Arbeiter ist. Das reichliche Material liegt sich aber nicht mehr zusammen. Eine Gaukonferenz konzentriert sich ebenfalls mit der Frage der Agitation besetzt und empfohlen, die Arbeiter mehr in ihren Wohnorten einzurichten und Sonntagsabend Versammlungen abzuhalten, weil wie die Arbeiter aus dem Nahrgau und dem Spezial nicht in die Versammlungen am Arbeitsort kommt. Es wird an den Delegierten liegen, die praktisch agitieren, an ihre Orte zu tragen und neue Gedanken, die hier vorgetragen werden, für sich zu verwenden. — Es fügt nunmehr eine umfangreiche, aber fachliche und eindrückliche Diskussion ein. Ein Kollege aus Lampertheim schildert den Druck, der vom Unternehmer ausübt und daher mit Versammlungen fast gar kein Erfolg erzielt werden kann. Wir müssen uns sagen, daß wir bereits die letzten Jahre verschwendet haben, wie haben, statt uns direkt mit den uns unterstellten Betrieben an beschäftigen, außert mit den Hilfsarbeitern anderer Gewerbe herumgetrieben, die uns nun andre Verbände wieder abnehmen. Wir hätten schon vor zehn Jahren mit Verbandsfremden einsetzen müssen. Der Ludwigshafener Streik 1906 rüttelte zwar die chemischen Arbeiter auf; es waren damals die Nachfrage nach Referaten aus Mangel an Kräften kaum zu befriedigen, aber bald trat wieder die alte Le

haben einen Platz in einem Gehäuse. Seiner ist schwer bedient und wurde in das Museum gebracht. Siegeln kann auf gesetzliche Bedingungen eingesetzt.

Die „Gummizitung“ über Sozialpolitik.

Die „Gummizitung“ beschäftigt sich wieder einmal mit Sozialpolitik. Da sich die Redaktion der „Gummizitung“ zur Behandlung sozialpolitischer Fragen beinahe ebenso gern eignet wie der Ute zur Reparatur der Taschenuhren, so wird das Resultat der gummireaktionellen Unterhaltung nicht überraschen.

Einleitend drückt die „Gummizitung“ ihre Begeisterung darüber aus, daß sich das Verhältnis zwischen Regierung und Industrie in letzter Zeit verbessert habe. Als Beweis für diese Besserung führt das Blatt die Verzehrung Bernburgs in das Kolonialministerium und den Besuch der letzten Delegiertenversammlung des Zentralverbands deutscher Industrieller durch vier Minister an. Über die „Aunthaltung“ genügt noch nicht, es sind immer noch „Meinungsunterschiede“ vorhanden und deshalb soll die Regierung der Industriellen noch näher kommen. Zuerst wird Delbrück abgerufen, weil er gegen den „Herrenstandpunkt“ der Unternehmer einige Worte gesagt hat:

Darauf kann das Unternehmertum nie und nimmer verzichten, daß es innerhalb seines Betriebs gemäß den durch die Gesetzgebung gezogenen Grenzen das unbedingte Gebietungsrecht ausüben können muß, wenn anders Ordnung und Disziplin gewahrt bleiben sollen. Soll es strenger lehrt werden, desto lieber kann es dem Staate sein, denn desto weniger hat es selber Veranlassung, für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen . . . Ob man dies „Herrenstandpunkt“ oder — wie der Handelsminister Delbrück gesagt hat — „Kommandogewalt“ nennt, das Wort tut nichts zur Sache.“ Also lautet das absolutistische Glaubensbekenntnis der „Gummizitung“. Dass die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten des Arbeitsvertrags auch ein Wörtchen mitreden wollen, wie lange und unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeitskraft dem Unternehmer zur Verfügung stellen, erscheint dem Soldschreiber der Gummimönche als unerhörte Anmaßung. Recht hübsch, wenn auch wenig logisch ist der Hinweis, daß durch Absolutismus im Betrieb die Nachwächterrolle des Staates erleichtert wird.

Dann wird nach tiefgründiger Untersuchung der ministerielle Vorschlag, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer dem zwischen Soldat und Offizier gleichzutun (wofür sich die Arbeiter natürlich schönstens bedanken würden), als undisputabel zurückgewiesen, weil es sich in der Armee nur um Ehre und Pflicht, in der Industrie aber um — Profit handle. Den Schluss dieser tonfusen Untersuchung bilden folgende Sätze:

Wenn unsre Industrie nichts verdient, so können wir uns mit all unsrer Herrlichkeit begraben lassen, denn dann müssen wir eben am Hungertuch nagen. Deshalb müssen Industrie und Handel verdienen und alle Gesetzesparagraphen müssen darauf zugeschnitten sein, daß Industrie und Handel soviel als möglich verdienen können und ihnen ihr Verdienst auch erhalten bleibt.“

Das ist wenigstens offen und ehrlich. Der kapitalistische Instinkt führt die blinden Preßtreibende des Unternehmertums immer richtig, selbst wenn sie sich einmal in die Bildnis sozialpolitischer Erörterungen verloren haben. Dass die Brutalität des letzten Sages nur noch durch den Unsan des ersten überboten wird, tut nichts zur Sache, es ist ja der ureigenste Verlust dieser Menschen, die Vernunft auf den Kopf zu stellen und die Gerechtigkeit zu einer Hure des Kapitalismus herabzuwürdigen. Alle Gesetzesparagraphen müssen auf das Profitbedürfnis des Unternehmertums zugeschnitten werden. Wir danken für das Geständnis.

Die Weisheit der „Gummizitung“ ist mit obigen Proben noch nicht erschöpft. Wir greifen noch einige bezeichnende Sätze heraus: „Das charakteristische Zeichen der deutschen Volkswirtschaft seit 20 Jahren ist Arbeitermangel! . . . Jeder deutsche Arbeiter, der heute arbeiten will, findet reichlich bezahlte Arbeit und lohnenden Verdienst. Jeder deutsche Arbeiter ist heute in der Lage, für sich und die Seinen selbst sorgen zu können.“ Das sind die Argumente, mit denen die Fortführung der Sozialpolitik bekämpft wird. Es klingt wie eine Münchhausenade! Man könnte einen Preis aussetzen für den, dem es gelingt, in drei Sätzen mehr Unvernunft und Unwahrheit zusammenzuschreiben.

Aber der „Clou“ kommt erst noch! Die „Gummizitung“ will nämlich aus ihrer Vergewaltigung der Wohlheit auch Schlussfolgerungen ziehen. Und da entblödet sie sich nicht, folgenden Satz niederschreiben:

Unsre Sozialpolitik kommt schließlich auf jenen Standpunkt hinaus: höhern Lohn, geringere Arbeitszeit und so rasch wie möglich Rente für die Arbeiter. Ist wirklich recht fühlbarer Arbeitermangel ein charakteristisches Moment unsrer Volkswirtschaft, so ist auch die Frage sehr angebracht, welche segensreichen Wirkungen wohl ein Gesetz erzielen würde, das unter den bestehenden Verhältnissen den Arbeiter verpflichtet würde, täglich eine Stunde mehr als bisher zu arbeiten.“

Die Dummheit ist immer konsequent! Wenn sie mit der Weisheit verschwägert ist und vom Irrempf geleitet wird, kann sie sogar sich selbst täuschen und als „höhere Weisheit“ erscheinen. Über sie kann eben nur sich selbst wünschen. Andre lachen über den Versuch: Wir haben schon früher geschrieben, daß die „Gummizitung“ von allen reaktionären Unternehmerblättern das reaktionärste ist; wir registrieren diesen neuesten Erfolg als einen weiteren Beweis für unsre Behauptung. Wir haben auch schon einmal einen Preis ausgesetzt für den, der uns ein Unternehmerorgan nachweist, das mit weniger Einsicht redigiert wird; wir ziehen das Auscrire hiermit zurück, um niemand an eine unmögliche Auf-

gabe zu legen. Die Arbeiter in der Gummifabrik mögen die hochrevolutionären Wünsche der „Gummizitung“ gut brauchen, sie dürfen die Reinigung der Gummimönche oder doch eines großen Teils derselben überstreichen. Wie soll die Arbeiter dagegen schützen können, haben wir Ihnen oft genug gesagt.

Gummi-Industrie.

(1) **Organisationsseitige in der Gummifabrik.** Bildgeworden sind die Gummimönche, weil das Eindringen der Organisation in ihre Produktionsstätten trotz aller Gegenseitigkeiten von Tag zu Tag fortgesetzte. So schreibt ein Gummimann im „Verein für Sozial-Handel und Industrie“ im Bericht über die Gummifabrik: „Wiebebold kam es zu Streiks, sowohl bekannt geworden ist, ist es fast überall zu einer Wiederaufnahme der Arbeit gekommen, ohne daß die Ansprüche der Arbeitnehmer erfüllt wurden. Mehr und mehr räumten diese Ansprüche auf das Ziel hinweg, Einfluß zu gewinnen auf den Betrieb und die inneren Angelegenheiten der Fabrikanten, namentlich in Arbeitersachen. Am schlimmsten verfahren die Organisationen, wenn die Fabrikanten Herren im Hause bleiben wollen, müssen die organisierten Arbeiter auf sie loslassen.“ In einzigen Unternehmungen ist dieses Ziel erreicht worden und hat die erwarteten guten Früchte gezeigt. Die Verstreukungen der Fabrikanten, gemeinsame Schritte gegen übertriebene Ansprüche der Arbeiter zu tun, haben noch keinen rechten Erfolg gebracht.

Brüderlicher Kiel, dieser Gummimensch! Die Arbeiter wollen sogar auf die „Arbeitersachen“ Einfluß gewinnen, und deshalb klagen mit der niedrigstzulässigen Gesellschaft! Ja, wenn sie sich auf die „Unternehmensfragen“ beziehen, d. h. dafür sorgen würden, daß der Profit der Herren steigt, dann würde man ja nichts dagegen einwenden, aber so müssen unbedingt „organisierte“ Arbeiter ausgeschlossen bleiben! Das die Arbeiter ein gleichmäßig gewährleistetes Recht haben, sich zu organisieren, sieht der Herr nicht ein; wenn Geist und Profit solidieren, muß unbedingt das Gesetz begradigen werden. Nur gut, daß die Arbeiter dafür sorgen, daß solchen kapitalistischen Herrenmeistern wie Böhme nicht in den Himmel wachsen.

(2) **Münchner Schachmacher.** Bei der Gummifabrik Münchener u. Co. hier läuft am 1. Mai d. J. der seit 1905 mit unsrer Organisation bestehende Tarifvertrag ab. Die in diesem Tarif festgelegten Löhne — Anfangslöhne für erwachsene männliche Arbeiter 2,80 Ml. für vollwertige weibliche Arbeiter 1,80 Ml. — scheinen nun der smarten Firma recht auf der Geldseite zu liegen. Sie läudigte uns den Bericht, nachdem einige Tage zuvor eine Betriebsversammlung der Arbeiterschaft beschlossen hatte, mit Rücksicht auf die augenblickliche Wirtschaftslage von einer Kündigung abzusehen und noch ein Jahr weiter mit den magern Löhnen zufrieden zu sein. Offenbar wäre es der Firma lieber gewesen, wenn die Arbeiter vorgegangen wären, dann hätte man ja wieder so schön über die Unzufriedenheit der Arbeiter jammern können. Aber Gummimönchen müssen sich in jede Lage zu finden und so auch hier.

Vorbereitet war ja die Sache schon seit langer Hand. 1907 wurden bereits Arbeiter zur Vorarbeitern ernannt, andre Arbeiter mit Extraarbeiten zu einemmonatiger Kündigung verpflichtet und während des vergangenen Winters in 15000 Überstunden gemacht werden, wobei dann den vorstelligwerdenen Organisationsvertretern passig erklärt wurde, wer von den Leuten sich weigert, nachzuhalten, wird hinausgeworfen. Wie lassen leineswegs mit Rücksicht auf den ablaufenden Tarifvertrag Vorarbeiten, sondern nur wegen der zahlreich eingelaufenen Bestellungen. Und die Herren Direktoren taten sorgfältig beleidigt, als wir dies zu beweisen wagten. Damals! Heute treiben sie es offener. Der Kampf, den nicht die Arbeiter, sondern die Firma will, soll offenbar mit einer vollen Vernichtung der Organisation enden. Das wird erstens bewiesen durch den unerhörten Druck, den die Direktion auf die Beschäftigten ausübt, indem sie die Leute ins Kontraktorium lädt und sie dort förmlich zum Austritt aus der Organisation preßt, zweitens aber auch durch nachstehendes Schriftstück, das uns ein günstiger Wind zuweht. München, den 5. März 1908.

Streng vertraulich!

Herren Franz Verheben,

Frankfurt a. Main.

Wir gestatten uns Ihnen in Nachstehendem die Mitteilung zu machen, daß wir im November 1905 einen Tarifvertrag mit der Arbeitersorganisation abgeschlossen haben, den wir zum 1. Mai 1908 kündigen, um uns von der Herrschaft des Verbands zu befreien.

Wir haben die Maßnahmen getroffen, soviel Misschägung und feste Materialien vorzuarbeiten, um auf alles gerüstet zu sein, falls die Arbeiter in den Ausstand treten. Diese Vergroßerung unseres Lagers bedeutet natürlich eine ganz bedeutende Kapitalsfestlegung, wobei zu berücksichtigen ist, daß wir unsre Rohmaterialien mit kurzen Zeiten bezahlen müssen, ganz abgesehen davon, daß die mit der Fabrikation verbundene Böhme und Generalspeisen sofort bar zu bezahlen waren.

Gerade in diesem Monat haben wir ziemlich viel Rohgummiposten zu deßen, und es wäre uns daher sehr angenehm, wenn Sie uns für unser Gutachten laut misslicher Aufstellung Ihre Anschaffung gütigst zulassen lassen wollen, bei welcher Sie selbstverständlich das vereinbarte dreimonatliche Ziel einhalten können in der Weise, daß Sie uns Ihr Alzept zur Verfügung stellen. Durch die Erfüllung unserer Bitte leisten Sie nicht allein uns einen Dienst, sondern Sie unterstützen auch die berechtigten Maßnahmen des Fabrikanten in der Abwehr zu hoher Lohnforderungen.

Hochachtungsvoll

Aktiengesellschaft Mezeler u. Co.

Als da haben wir es, zwei Dinge sind es, die die tapferen Firme auf den Kriegspfad locken. Um uns von der Herrschaft des Verbandes zu befreien, und um berechtigte Maßnahmen des Fabrikanten in der Abwehr zu hoher Lohnforderungen zu unterstützen.

Während man nicht, daß der Verband der Fabrikanten unerträglich ist, der Verband der Fabrikanten ist, so wäre man geneigt zu glauben, die Firma möchte wieder aus den Klauen des Unternehmensverbandes frei werden, denn noch keine Arbeitersorganisation hat auch nur versucht, den Willen des Unternehmers so auszuhalten, wie es die Arbeitersverbände tatsächlich tun. Dies fehlt! Denn wenn die Direktion Mezeler ihre Geschäftsfreunde entweder für Trottel zu halten, die gar nicht merken, daß es sich hier um einen Angriff der Herren handelt, während man ihnen glauben machen möchte, es handle sich um Maßnahmen zur Abwehr zu unzureichiger Lohnforderungen. Oder, was wichtiger sein dürfte, die Direktion glaubt wohl, ihre Geschäftsfreunde haben das gleiche gummiartige Gewissen wie sie selbst.

Dass die Weltfirma Mezeler von der übrigen gar nicht bestehenden Herrschaft des Fabrikantenverbandes loskommen will, zeigt im Unternehmensdeutsch wohl: „Wir Gummiherrn des Saabs“ wollen auch 20 bis 40 Prozent Dividenden, wie sie die mittel- und norddeutschen Fabriken abwerfen.“ Ja, zeigt doch das, meine Herren, nur verlangt dabei nicht, daß auch die Arbeiter am Zahlgang das Geld in die Fabrik tragen. An den Arbeitern und an der Anteilseigner liegt es wahrscheinlich nicht, wenn sich die Fabrik nicht besser remittet. Und wenn die Herren sich eben noch genügend Stärke von Arbeitern machen möchten, wie sie ihn heute schon haben — sie erklären nämlich ihren neuangestellten Leuten: „Werktis auch, ab 1. Mai gibts bloß noch 2,40 Ml. statt 2,80 Ml.“ —, so wird deswegen der Nebbach auch nicht größer, größer wird dann der Arbeitseinsatz und die event. von den Knechtmeistern zur Verstärkung gezielten mangelhaften Warenproduktion.

Die Herren Direktoren hätten doch aus vergangenen Seiten lernen sollen. Sämtlich auch jetzt noch lernen, wenn sie wollen.

haben doch von den ca. 350 seit 1. Januar neueingestellten Leuten mindestens 200 den Tempel wieder hingeworfen und sind ihres Weges gegangen. Ist das nicht auch ein Zeichen, das den Herren zu denken geben soll? Und was soll man schließlich zu dem Beginnen sagen, bei den jetzt teuren Zeiten, wo man die Beamten aussiebt, wo die härtesten ehrliche Büttelstellen wollen, wo alles nach mehr Einkommen schreit, die Ohne armer ausgemergelter Teufel zu reduzieren. Daß gewisse Herren frei sind von wahren Entfindungen für das Elend ihrer Elenden, das mußte wie, daß sie aber in so gynäker Weise vorgehen würden, hätten wir für unmöglich gehalten. Den Rückterer, der einem verlorenen Studenten für ein Darlehn einige Prozente mehr abverlangt, als eigentlich zulässig ist, den sperrt man ins Buchthaus, ein Fabrikant aber, der die Notlage der Armen in der schamlosen Weise ausnutzt, der die Arbeiter bemüht, den Kindern der Arbeiter das Stück Brod noch aus der Hand schlägt, der wird nicht dorthin gestellt, wo er hingehört, sondern wird, wenn er Glück hat, auch noch mal Kommerzienrat.

An die deutsche radikale Arbeiterschaft richten wir heute schon die Bitte: „Beseht euch die Neumanni und Schuhbediensteten, die ihr laufen!“ Die Arbeiterschaft in der Gummifabrik aber will sich durch keine noch so glänzenden Versprechen nach München laden lassen! Und die Firma soll den Krieg haben, wenn sie den Frieden nicht will!

Streiks und Lohnbewegungen.

(1) **Bergedorf.** Die wirtschaftliche Krise und das Unternehmertum. Das Beste eines großen Teils des Unternehmertums ist daraus gerichtet, ohne der Arbeiter während der wirtschaftlichen Krise, deren Begleitscheinungen große Arbeitslosigkeit und Überangebot von Arbeitskräften sind, in geradezu schuler Weise herabzudrücken. Diesen bösen Beispiel folgte auch der Bergbauunternehmer Böhme aus Kellinghusen, dem die Bahnarbeiter in Steinbeck übertragen worden sind. Am 4. März stellte er ca. 20 Arbeiter zu einem Stundenlohn von 45 Pf. ein. Nachdem es ihm aber gelungen war, von den bekannten Menschenanführern, die sich den barnlosen Namen Stellenvermittler beilegen, Arbeitskräfte zu erhalten, erklärte er den Arbeitern, vom Donnerstag, dem 12. März, ab nur 40 Pf. pro Stunde geben zu wollen. Wer für diesen Lohn nicht arbeiten wollte, Idanne ausscheiden. Ein Versuch, die Lohnreduzierung rückgängig zu machen, blieb erfolglos. Selbst ein Vermittlungsvorschlag unsrer Geschäftsführers, der mit dem Unternehmer in Verhandlung trat, wurde abgelehnt. 42 Pf. pro Stunde sollte er zahlen, mehr keinen Pfennig, das war das letzte Wort des Herrn Böhme. Da sich die Arbeiter nicht bereit fanden, für dieses Angebot zu arbeiten, wurden denselben Geld und Papiere ausgehändigt. Augenscheinlich hat der Unternehmer damit gerechnet, daß die vom Vermittlungsbureau herbeigeholten galizischen Arbeiter weiter arbeiten würden, aber auch diese eilläufig, unter diesen Umständen die Arbeit nicht fortsetzen zu wollen. Eine am andern Tage eingetroffene Eskadron russisch-polnischer Arbeiter wurde abgefangen und dienen von der Situation Mitteilung gemacht. Hierauf erklärten sich auch diese mit den Streikenden solidarisch und dampften am andern Tage nach Halle weiter. Dies änderte die Gesinnung des Unternehmers, und die Verhandlungen zwischen ihm und unserm Geschäftsführer wurden auf neue aufgenommen. Nach längerem Führr und Wider wurde die Verhandlung mit dem Schachmeister fortgesetzt, der vom Unternehmer Vollmacht zur Abwicklung eines Einigungskontrakts erhalten hatte. Die Einigung kam auf folgender Grundlage zustande: Die Arbeiten werden, soweit Bodenbewegung in Betracht kommt, in Umlauf ausgeführt, wobei eine Mindeststundenlohn vom Unternehmer gesichert wird. Abstandsbüchse werden nach Feststellung ausbezahlt. Kleinere Nebenarbeiten werden mit 43 Pf. pro Stunde bezahlt. Einzelstehende Arbeiter sind vom Verbundsbüro zu begleiten. So lange die Streikenden nicht eingestellt werden, dürfen andre Arbeiter nicht eingestellt werden. Verhältnisse sind zu bevorzugen. Die Arbeit wurde unter diesen Bedingungen am Sonnabend, dem 14. März, wieder aufgenommen. Eingesetzt wurden sämtliche Verhältnisse und fünf Ledige. Der Rest der Streikenden und fünf weitere Verbandskollegen wurden am Donnerstag, dem 18. d. M., wieder eingestellt. Der Verlauf dieser Lohnbewegung hat wiederum bewiesen, welche Vorteile die Organisation den Arbeitern selbst während der wirtschaftlichen Krise bietet. Ohne die Organisation wäre es unter den gegebenen Umständen sicher nicht möglich gewesen, die Lohnreduzierung abzuwehren, denn Unorganisierten fehlt es sowohl an der richtigen Leitung wie der finanziellen und moralischen Unterstützung.

(2) **Bergedorf.** Auch eine Antwort. Die Arbeiter der Zuckarfabrik von Wilde u. Hell, Kampthaussee, wurden wegen einer Lohnzulage von 1 Ml. pro Woche und Arbeiter vorstellig. Außerdem wünschten die Arbeiter die Einführung einer 1½-stündigen Mittagspause unter Beibehaltung des bisherigen Arbeitszeit und Bezahlung der Überstunden mit 50 Pf. pro Stunde. Die entstandene Kommission wurde von Herrn Hedrich auch empfangen. Nach Ablösung des Bühne stellte Herr Hedrich die Anfrage, von welchem Zeitpunkt an die Verbesserungen eingeführt werden sollen. Die Kommission erklärte demgegenüber, daß dies in Belieben des Herrn Hedrich stände; eine diesbezügliche Mitteilung könnte ihnen ja später gemacht werden. Daraufhin erwiderte der Herr: „Die Antwort können Sie gleich mitnehmen. Am Sonnabend werden sämtliche Arbeiter gefündigt, ich werde meine Fabrik schließen.“ Die Arbeiter, darunter solde, die bereits seit ca. 15 Jahren auf der Fabrik tätig sind, waren ob dieser Antwort wie aus dem Polen gefallen. Hofften sie doch mit Bestimmtheit darauf, daß Herr Hedrich diese äußerst beiderseitigen Wünsche berücksichtigen würde. In einer solche Antwort, wie sie kaum der proherrschaftliche Unternehmer gegeben hätte, haben sie nicht im Traume gedacht. Die Antwort ist in der Tat verblüffend, zumal in der Fabrik Löhne von 18, 20, 21, 22 und 23 Ml. pro Woche an Erwachsenen bezahlt werden, zeigt aber die Menschenfreundlichkeit unserer Unternehmer im größten Lichte. Eine weitere Kritik erläutert sich hierdurch. Wie ernst die Erklärung von der Schließung der Fabrik ist, zeigt, daß die Firma Wilde u. Hell, noch bevor den Arbeitern die Kündigung zugestellt worden ist, bereits Arbeiter in den „Bergedorfer Zug“ suchte. Die Kollegen werden erzählt, in dieser Fabrik keine Arbeit anzunehmen.

(3) **Breslau.** Zur Arbeitseinstellung kam es am 23. März an der Chemischen Fabrik A.-G. vor dem Oskar-Hermann. An der noch Kurus führenden Chaussee, noch auf Ösmitter Gebiet belegen, befinden sich nun die Fabrikräume der Firma, deren frühere Fabrik in der Michaelisstraße, im Volkssiedlung als „Knochenmühle“ bekannt, östlich der Gegenland öffentlicher Gräben gewesen ist. Auch jetzt noch verfügt diese Gräben die Lust, und die Arbeiterschaft muß trocken des geradezu märchenhaften Profits, den die chemische Großindustrie den Aktiengremien in den Schatz wirkt, bei sehr geringem Lohn gehindert und elektrische Arbeit verrichtet. Anfang März, bei Beginn der Kampagne, liegen die Arbeiter der Firma durch die Verwaltung unseres Verbandes Forderungen unterbreten. Unser Verband hatte bereits im Laufe des verflossenen Sommers bedeutende Verbesserungen auf dem Gebiete des Arbeitseinkommens und in sanitäts-patriotischer Beziehung im Betriebe durchgeführt. Diesmal forderten die Arbeiter die Einführung des Gehaltsentlastung, Erhöhung des Mindestlohnes von 30 auf 35 Pf. pro Stunde für Hilfsarbeiter, Erhöhung des Stundenlohnes für Arbeitserinnerer von 17 auf 20 Pf., Entschädigung für Kleidung, die die in der Säurefabrik beschäftigten Arbeiter und einige andre Arbeitserinnerer. Die Direktion teilte, nur direkt mit „ihren“ Arbeitern verhandeln zu wollen, washalb als erstes Prinzip dieser Bewegung ein Arbeiterausschuß gewählt und errichtet wurde.

Es fanden nun verschiedene Verhandlungen zwischen den Verbanden des Verbandes und der Betriebsleitung, sowie des Arbeiterausschusses mit der Direktion statt. Die Verhandlungen zeigten nur geringe Erfolge. Einige Arbeiter in der Säurefabrik erhielten eine kleine Lohnaufbesserung, auch wurde der Stundenlohn der Arbeitern um einen Pfennig aufgestockt. Die große Masse der Arbeiter sollte nichts erhalten. Nachdem erneute Verhandlungen kein besseres Resultat zeitigten, verloren die Arbeiter die Geduld über die Verhandlungsfähigkeit der Firma, die die Bewegung bis zur Ver-

endigung der Kampagne hinhalten will und stellten in schöner Einmütigkeit die Arbeit ein. Etwa 100 Mann traten in den Streik ein, sechs „arbeitswillige“ Männer und die Arbeiterinnen verblieben im Betriebe.

Somit ist der Kampf, der sich nicht mehr verneinen ließ, ausgetragen, und die ersten Streikposten hatten bereits Gelegenheit, über die Gendarmen den Kopf zu schütteln. Das Fabrikgrundstück gehört noch zum Amtsbezirk des sehr bekannten Dr. Gurdgez in Dößwig und dem Bereich des ebenso bekannten Gendarms Hoffmann. Doch auch diese Umstände werden die Haltung der Streikenden nicht erschüttern, sie werden aufzuhalten und rufen ihren Arbeitsbrüdern zu: Halten den Zugang fern!

Delmenhorst. Die Arbeiter der Linoleumsfabrik Untermark in Delmenhorst haben eine Lohnforderung gestellt. Bei dem erzielten Bruttogewinn von 1 353 869,81 M. im vergangenen Jahre ist so bemerkbar dazu unser Vater Parteivorstand, ohne weiteres die Möglichkeit gegeben, den Arbeitern eine kleine Lohnausweitung zu gewähren. Wenn von diesem Gewinn auch wirklich 103 629,86 M. für Reparaturen in Abzug gebracht werden, obgleich hier unter Reparaturen auch Neuanpassungen von Maschinen und sonstige wesentliche Verbesserungen des Betriebes zu verstehen sein werden, so bleibt immer noch die solistische Summe von 1 250 240 M. Eine ganze Anzahl im Betriebe der Untermark beschäftigten Familienväter verdient nicht einmal 20 M. pro Woche. Wie eine Familie bei der allgemeinen Leistung damit auskommen soll, ist ratselhaft. Es wäre angebricht der Verhältnisse geradezu unverständlich, wenn sich die Direktion auf einen ablehnenden Standpunkt stellen würde.

Hamburg. Von unserer Organisation war der Direktion der Neu-Hamburger Gummiwaren-Company unter 13. Januar d. J. eine Lohnforderung in der Form eines Lohnarbeitsvertrages zugegangen. Neben einer Reihe Spezialforderungen waren es in der Haupttheile vier Punkte, die von der Arbeiterschaft des Betriebes bei dieser Bewegung erwartet wurden: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden pro Tag. 2. Einführung von Minimallöhnen. 3. Aufhebung der Lohnarbeiterlöhne. 4. Abschluss eines Tarifvertrags mit der Organisation. Den Vertreter des Verbandes bei den Verhandlungen mit hinzuwenden, wurde von der Direktion abgelehnt. In letzter Versammlung wurde mitgeteilt, daß eine Anzahl Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß stattgefunden haben. Zur Einführung der geforderten Minimallöhne hat man sich von Seiten der Firma nicht versetzen können. Ebenso hielt man die Zeit noch nicht für geeignet, einen Tarifvertrag mit der Organisation abzuschließen, weil bezüglich der Verhandlung der Verband der Firma nicht genügende Garantien gibt. Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit erklärte sich die Direktion bereit, die Arbeitszeit von 58 Stunden auf 54 Stunden pro Woche zu verkürzen. Bei den späteren Verhandlungen wurde die mögliche Arbeitszeit auf 53½ Stunden festgelegt. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist übereinstimmend in die Morgenstunde verlegt, indem nicht wie bisher um 6 Uhr morgens, sondern um 7 Uhr mit der Arbeit begonnen wird. In den ersten fünf Werktagen wird von 7–6 Uhr gearbeitet. Frühstückspause wie bisher ¼ Stunde, Mittagspause 1½ Stunden. Nachmittags laufen die Maschinen durch, es steht jedoch jedem Beschäftigten frei, in der Zeit von 3½–4 Uhr zu deppern. Ferner ist ausdrücklich erklärt worden, daß es den im Betrieb Beschäftigten frei steht, mittags und abends 5 Minuten vor Arbeitsende den Saal zu verlassen, um sich zu wäschern und umzuziehen. Bezüglich der Stundenlöhne der Außarbeiter wurde vereinbart, daß alle Arbeiter, die jetzt einen Stundenlohn von 40 Pf. haben, nach Inkrafttreten der neuen Arbeitsbedingungen 45 Pf. erhalten sollen. Ebenfalls sollen Außarbeiterinnen, welche jetzt 20 Pf. pro Stunde erhalten, 25 Pf. bekommen. Die Löhne der Lohnarbeiter haben schon teilweise in der letzten Zeit eine Ausweitung erfahren, weitere Ausweiterungen sollen noch eintreten. Der jetzt für 58 Stunden gezahlte Lohn wird für 54 Stunden umgerechnet, und sollen auch, wie bisher, die Feiertage zur Auszahlung gelangen. Die Stundenlöhne der Handarbeiter werden ebenfalls in 54 Stunden umgerechnet, für Kohlenabläden ist der Lohn um 1 M. pro Woche erhöht worden. Bei besonders schwierigen Arbeiten wird ein Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde gegeben. Für Überstunden bleibt der Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde bestehen, jedoch tritt in der dritten Überstunde ein weiterer Aufschlag von 10 Pf. hinzu; für Sonntagsarbeit wird ebenfalls ein Aufschlag von 10 Pf. gezahlt, so daß der Sonntagsaufschlag jetzt 20 Pf. pro Stunde beträgt. Bezüglich der Stundenlöhne der Außarbeiter bei Arbeiten außerhalb der Zentrale und der Löhne der Seitzer und Wäscherinnen sollen noch weitere Verhandlungen stattfinden. Die vertragte Arbeitszeit soll mit Anfang der ersten Lohnwoche im April dieses Jahres (3. April) nebst den andern Veränderungen in Kraft treten.

Harburg. Beizweckte Anstrengungen macht die Firma S. G. Peters, um Arbeiter zu bekommen. Erstlich sie mal welche, ob die Freude von kurzer Dauer. Wie schon mitgeteilt, legten bis auf vier Mann die am Freitagmorgen Angeworbenen die Arbeit nieder, weil sie nicht Streikbrecher sein wollten. Sofort begaben sich Frau und Herr Müller, die beiden Streikbrechervertreter, ins Senior der Firma. Der Seelenvertragsvertrag muß schnell persönlich geworden sein, denn sogleich gings nach der Übersicht und von dort vermutlich nach Hamburg. Es gelang der Firma S. G. Peters wieder, einen neuen Trupp von Arbeitgeberverbänden einzufangen und hinzubefeuern. Die Freude dünkt aber auch jetzt nicht von langer Dauer sein. Einige sind schon scheinbarfüchtig geworden. Die Angeworbenen wurden am Freitagabend wieder, wie erhofft, von Beamtenstellungen, von Polizeiamtschafen und von der Polizei und Schiedsgerichtschaft feierlich empfangen. Im Fabrikalager werden die Gefangenen nach einem Angestellten des Baas und Schiedsgerichtsbeamten bemacht, damit sie nicht gestohlen werden. Für gesetzige Nahrung ist abriges auch Sorge getragen worden. Als Schafe erhielten die Leute "Die Woge", den örtlichen Volkskinder- und Jugendliche leichte Ware.

Die "Ergebnisse" erweisen sich auch schon gute Früchte zu tragen. Ein Streikbrecher sagt nämlich unter dem Schutz der Polizei und Wache und Schiedsgerichtschaft seinem Freunde, einem Knecht, auf dem Petersischen Hersteller aus dem jungen Schlafzimmers eines neuen Eigentümers mit Freuden, 70 Platz, Uhr nebst Raum, 4 Singe, verschließene Tochter, 1 Soße und Töpferei. Der alte Freund kann glauben, nach Amerika auswandern zu wollen. Da er "abenteuerlich" ist und nach Amerika begierig ist, zur Arbeit, erzählt er mir seinen Plan.

So ist die Beurteilung für ihre Beratertätigkeit durchaus kein Gold wert, jetzt nachhaltendes Gold.

Ein Arbeitsswilliger, Herr Oberherr aus Rothweil (Württemberg), legte am 25. März die Arbeit nieder. Die Betreiber der Firma riefen auf ihn ein, er solle doch bis Sonnabend darüberreden. Er tat es aber ab, noch weiter in dem Geschäft Streikbrecher zu spielen. Am 26. März kam Freitagabend war er in den Betrieb gebracht worden. Er arbeitete von Sonnabend morgen bis zweitens Mittwoch nachmittag, in dem Betrieb 2,35 M. wurden ihm Sonnabend entzogen.

Arbeitsstunden hatte er 28 a 35 Pf. = 12,80 M.
Abzug am Sonnabendabend 2 Wochen a 15 Pf. = -30 ·
Sonntagsabend 2 Wochen a 25 Pf. = -50 ·
Sekundenarbeitszeit kein Betrag : 5,50 ·
Soft und Soße sollte 4,50 M. sein : 4,50 ·
Soft und Soße am Sonnabend : 2,35 ·
Summa 12,80 M.

Seit der dieser Arbeitsswillige 4 Tage gearbeitet. Einem Tag hat er nur 1/2 Stund der Freuden vererbt. Täglich kann er wie ein Streikbrecher unter Polizeischutz. Und dabei arbeitet er 2,35 M. Da er vielleicht nur bedauert hat, daß er für als Betriebsschaden nicht einen Betrieb für seine Beratertätigkeit, aber eigentlich er in befriedigender Kleidung war er jetzt zweifellos, wo er wo anders arbeitet. So geht es denen welche dem Unternehmensmanagement Kontraktionsleid und den Arbeitern, die für Verbesserung ihrer berufsmäßigen Lage einzutreten, die ihre Freude spüren und recht freien zu lassen, in den Händen fallen und ignoriert das

Brot wegnnehmen wollen. Mögen sich die übrigen ein Beispiel daran nehmen.

Ludwigshafen. Einen schönen Erfolg ihres geschlossenen Zusammenhalts haben die Arbeiter der Firma Grünweig u. Hartmann zu verzeichnen. Am 24. Februar reichte der Arbeiterausschuß im Auftrage der Arbeiter ein Schluß auf Gewährung von Urlaub ein. Am 24. März erhielten am schwarzen Brett der Firma folgender Anschlag:

Ludwigshafen a. Rhin, 24. März 1908.

Unsre Arbeiter!
Wir geben hiermit bekannt, daß wir uns entschlossen haben, unseren Arbeitern bis auf weiteres wie folgt Urlaub zu gewähren: 1. Solchen Arbeitern, welche bis zum 1. Januar jedes Jahres ununterbrochen 5 Jahre bei uns beschäftigt waren, im 6. Dienstjahr einen Urlaub von einer Woche, und Wiederholung derselben jedes zweite Jahr.

2. Solchen Arbeitern, welche bis zum 1. Januar jedes Jahres ununterbrochen 10 Jahre und länger bei uns beschäftigt waren, einen Urlaub von einer Woche und Wiederholung derselben jedes folgende Jahr.

Krankheit und militärische Verpflichtungen gelten nicht als Dienstunterbrechungen.

Für die Urlaubswoche wird der Taglohn für sieben Tage vergütet, und aus der Urlaub, wie derselbe zugeteilt ist, auch angekreten werden.

Eine Vergütung für nicht angetretene Urlaub findet nicht statt. Bei Festlegung der Urlaubsdauer soll neben Wahrung der Sicherheit für geregelten Fortgang des Betriebes den Wünschen der Urlaubsberechtigten möglichst Rechnung getragen werden.

Anmeldungen haben beim Vorarbeiter durch Abgabe eines Urlaubsgeschäfts zu erfolgen. Entsprechende Formulare liegen beim Vorarbeiter auf.

Der Erfolg ist in erster Linie der guten Organisation der Arbeiter zu zuschreiben. Wir stehen nicht an, bei dieser Gelegenheit herzobzuhaben, daß das sozialpolitische Verständnis und das daraus resultierende Entgegenkommen der Betriebsleitung von andern Betriebsstiftungen wohlwollend absticht. Zu Nutz und Frommen der Arbeiter empfehlen wir ihnen, in allen ordnen Betrieben mit derselben Energie und Fähigkeit wie bei obiger Firma für den Ausbau der Organisation zu arbeiten. Die Arbeiter werden alsdann die Früchte ihrer Tätigkeit sehr bald genießen.

Mannheim. Der Zustand bei der Firma H. Schindl, Unterfabrik Palmin, ist beendet. Als Ursachen des Zustandes ist die nach Ansicht der Arbeiterschaft der Firma erfolgte Verhängung einer Geldstrafe von 50 Pf. und das nicht den Anstandsregeln entsprechende Vorgehen der Aufseherin Erleben zu bezeichnen. Nur wird von der Arbeiterschaft befürchtet, daß der Arbeiterausschuß durch Angestellte verhindert wurde, die Angelegenheit zur friedlichen Erledigung dem Dr. Schindl vorzutragen zu können, während die Vertreter der Firma das Gegenteil behaupten.

Aus den Unterhandlungen ging hervor, daß die Aufseherin Erleben, Arbeiterschaft mit dem jährlichen Kostenamen "Schlamp" tituliert hat, der nach ihrer Ansicht Liederlichkeit bedeutet. Nach Ansicht des Herrn Dr. Schindl soll es ein in Mannheim üblicher, nicht verleidender Ausdruck sein, worüber man jedenfalls gelehrte Meinung sein kann.

Herr Dr. Schindl gab an, daß für seinen Betrieb in der letzten Zeit circa 10 Versammlungen stattgefunden haben, was den Geschäftsführer vom Allgemeinen Arbeitgeberverband, Herrn Dr. Reiner, veranlaßte, zu erklären, in den Versammlungen seien Heftreden gehalten worden. Dieser Ausschaltung wurde von den Kollegen Fröhlich und Forthuber energisch widergesprochen. Eine weitere Unterhandlung, die am Sonnabendnachmittag stattfand, hatte das Ergebnis, daß ein Vergleich zustande kam, wonach am Montag von den ausständigen Arbeitern, mit Ausnahme der Schlosser, die Arbeit wieder aufgenommen und der Fall Kraft bezüglich der Geldstrafe noch nachträglich untersucht werden sollte. Die Schlosser füllten die Arbeit nicht aufnehmen, weil diese ohne Erlaubnis der Firma am Freitagnachmittag einer Versammlung der Arbeiterschaft bewohnt. Eine am Sonnabendabend geplante Versammlung konnte sich für diesen Vergleichsvorschlag nicht erwärmen und beschloß, im Ausland zu behandeln. Die dann am Montagvormittag mit Herrn Dr. Schindl gepflogene Unterhandlung, an der die Organisationsleiter Forthuber, Vogel, Schierz und der Geschäftsführer Schindl teilnahmen, hatte ebenfalls ein Ergebnis nicht aufzuweisen, worauf die Unterhandlungen nachmittags auf dem Bureau des Arbeitgeberverbandes fortgesetzt wurden. Hier gelang es, den Vergleich auf die Wiedereinstellung von 6 Handwerkern auszudehnen. Die Organisationsleitungen empfahlen daraufhin in einer weiteren Versammlung am Montagabend den Arbeitern die Biederaufnahme der Arbeit, das auch deshalb, weil schriftlich festgelegt worden war, daß Maßregelungen nicht stattfinden.

Die Versammlung nahm einen Beschluss, der einer organisierten Arbeiterschaft nicht würdig ist. Der Vorgang war darauf zurückzuführen, daß viele Arbeiter und Arbeiterschaften sich über ihre Handlungswelt nicht klar waren und derselbe alle gewerkschaftliche Disziplin außer Acht ließen. Soviel steht fest: die Seiten, wo wilde Streiks erfolglos für die Arbeiter waren, sind vorüber, da die Arbeiter einen gut gerüsteten Gegner in den Arbeitgeberverbänden vorfinden. Der allergrößte Teil der Arbeiterschaft gehörte der Organisation noch nicht an und war es schon deshalb eine Freiheit, sondergleich, daß organisiert ein wollende Arbeiter versuchten, die Arbeitnehmer noch mehr aufzureißen. Den Arbeiterschaften rufen wir zu: Befestigt die Organisation, um bei gegebenen Seiten gewappnet zu sein. Die Verhältnisse bei der Firma Schindl u. Co. werden sich jedenfalls nicht so schnell bessern, wenn nicht die Arbeiterschaften ihre Organisation stärken.

Korrespondenzen

Riesbach. Am Sonntag, dem 8. März, fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genoss Bild referierte. Er ging speziell auf die Zustände in der Papierfabrik am Baum ein und wies darauf hin, daß es der Arbeiterschaft zwar gelungen sei, die Färberei am früheren Direktors Sauer zu beseitigen, daß aber trotzdem noch viel zu beseitigen übrig sei. Besonders die niedrige Löhne, die bis zur 2,50 M. pro Tag für erwachsene Arbeiter herabgehen, seien aufzubesserungsbedürftig. Dabei wurde besonders ein Mitglied des Arbeiterausschusses unter die Lupe genommen, der erklärt hatte, er könne mit 2,50 M. pro Tag leicht durch. Der Anforderung, in die Reihen der organisierten Arbeiter einzutreten, lämen 20 Anwesende nach.

Schönebeck a. d. Elbe. Am Sonntag, dem 22. März, tagte im "Stadtart" eine außerordentliche Generalversammlung, in der über die Landarbeitsfrage verhandelt wurde. Um den Kollegen in dieser wichtigen Frage ein richtiges Urteil zu ermöglichen, waren zwei Referenten benannt. Der erste Referent, Kollege Lamprecht, sprach zunächst die Gesetzesordnung und zeigte daran die große Abhängigkeit und Schlußfolgerung der Landarbeiter. Redner weist in seinen weiteren Aussführungen darauf hin, daß schon dem Verbandsstage in Leipzig eine Resolution vorgelegen habe, daß die Landarbeiter wie bisher von einem Verband zu organisieren seien. Auch werden die Streikfreigkeiten größer werden, wenn wir einen selbstständigen Landarbeiterverband haben werden. Er konstatiert, daß ein selbständiger Verband bei der Organisierung der Landarbeiter nicht mehr leisten kann, als wenn die Landarbeiter als Sektion unseres Verbands angegliedert würden. Kollege Bach als zweiter Referent plädierte für Gründung einer Landarbeiterorganisation und führte an, welche Erfolge die Landarbeiter durch eigene Organisationen erreicht haben. Redner führt an, daß wir früher bei unterm 20 Pf. Beitrag auch nicht viel Landarbeiter für unsre Organisation genommen haben, und beweist, daß das Verhältnis in Zukunft besser werden wird. Er tritt in seinen weiteren Ausführungen den Gründen des Kollegen Lamprecht entgegen und sucht zu beweisen,

dass die Landarbeiter wie durch einen eigenen Verband mit Erfolg organisiert werden können. Daß der daraus folgenden langen Zeitraum in der beide Richtungen in Worte gekommen und nachdem beide Referenten noch einmal ihre Ansichten in dieser Frage vertreten hatten, bestößt die Generalversammlung mit großer Mehrheit, daß der Antrag der Landarbeiter als Sektion an den Verband der Fabrik, Land, Hülfearbeiter und Arbeiterschaften zu empfohlen sei.

Verbandsnachrichten

Vom 24. März ab treten bei der Hauptstelle folgende Verträge ein:

Leipzig 800.— Barnen 614,06.— Pommersdorf 600.— Barthol. i. S. 100.— Göttingen 64.— Bahre 155.— Hasselbrod 2.— Papenburg 48,10.— Rudolf 5.— Schiffel 600.— Zürcherberg 300.— Engels 26.— Börrach 3,62.— Goldb. 189,06.

Termintabelle: Montag, 30. März, mittags 12 Uhr.

Die Abrechnung für das I. Quartal 1908 haben eingefordert:

Barren, Görlitz, Papenburg, Emden, für das 3. und 4. Quartal 0,7 und 1. Quartal 0,8; Börrach, Pirna.

Zustimmung zur Erhebung von Extraabdrücken:

Eberswalde: 5 Pf. pro Mitglied und Woche vom 1. April 1908 ab.

Wahl zum Gewerkschaftskongress:

Der im 1. Wahlkreis in der Zentrale Preys vorgeschlagene Kandidat heißt nicht W. Osterholz, sondern Wilh. Osterholz.

Verlorene und für ungünstig erklärtene Bücher:

285 247, Waldemar Letzen, eingetreten am 18. Januar 08 in Neumünster.

99 293, Alfred Triltsch, eingetreten am 16. November 06 in Delmenhorst.

290 734, Franz-Udo, eingetreten am 16. November 07 in Hamburg.

Ausgeschlossen wegen Streikbruchs:

200 936, Franz Unger.

60 046, Langemann.

Ausgeschlossen wegen Streikbruchs:

Mitglieder der Zentrale Braunschweig:

Albert Kröboth, eingetreten am 1. Januar 1907, Buchnummer 257 496.

Hermann Schönenhausen, eingetreten am 21. September 1905, Buchnummer 99 697.

Christopher Rudis, eingetreten 15. April 1907, Buchnummer 236 730.

Hermann Geismar, eingetreten am 17. Mai 1907, Buchnummer 257 234.

Wilhelmine Merle, eingetreten am 20. Mai 1906, Buchnummer 174 518.

Marie Merle, eingetreten am 25. Januar 1908, Buchnummer 117 204.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Heddesheim. Friedrich Menz, Wasserstraße.

Neubrandenburg. Hermann Ries, Ennigerloh in Westfalen, Dorf 40.

Oberhöchstädt. Georg Müller, Konradstraße 260.

Öhlan. Reinhold Much, Großauerstraße 16.

Rheinsberg (Mark). Wilhelm Schenk, Gartenstraße 13.

Schönmar. Ludwig Rohring, Schönmar.

Wittenberg (Bezirk Halle). Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Karl Krüger, Dessauerstraße 44, Restaurant "Zur Linde".

Briefkasten.

G., Mannheim. Beschwerden über Nichtaufnahme von Beichten sind an die Preßkommission zu richten und nicht an den Vorstand. Das sollte Ihr aber doch nachgerade wissen. Über seit Ihr mit der Preßkommission auch "nicht

Beilage zum Proletarier.

Nr. 14.

Hannover, 4. April 1908.

17. Jahrg.

„Christliche“ Arbeiterverschwendung.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, der man wenigstens die eine Anerkennung nicht versagen kann, daß sie, von seinem moralischen Bedenken geschwacht, konsequent und rücksichtslos die Klassinteressen des Unternehmertums vertritt, bezeichnete kürzlich das Erstarken der christlichen Gewerkschaftsbewegung als ein erfreuliches Symptom!

Was für das Scharfmacherorgan erfreulich ist, dient ohne Zweifel dem Interesse der Unternehmer. Diese sicherlich nicht zu bestreitende Tatsache in Verbindung mit der Konstaterung des Scharfmacherorgans müßte die christlich organisierten Arbeiter fröhlig machen. Stufig machen aus dem Grunde, weil programmatick ihre Forderungen sich mit denen der freien Gewerkschaften decken. Diese erstrebten Verbesserung der Lohns- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder, Abstellung von Missständen, Arbeiterschutz, Fabrik- und Gewerbeinspektion, den achtsündigen Arbeitstag, möglichste Einschränkung der Sonntagsarbeit, Verbot der Kinderarbeit, weitgehenden Schutz für die erwerbstätige Frau usw. Das sind alles Forderungen, die kein christlich organisierter Arbeiter ablehnen kann, decken sie sich doch mit dem, was z. B. auch der soziale Bischof Kettler gesfordert hat. Es ist auch noch kein Fall bekannt geworden, daß aus christlichen Gründen irgend eine der Forderungen bekämpft worden ist.

Sicherhin ist doch noch ein programmatischer Unterschied vorhanden. Aber er ist eigentlich nur ideeller Natur. Der freie Gewerksäbler erhebt seine Forderungen als Klassenkämpfer, er steht auf dem Standpunkt, daß die Interessen der Arbeiter und des Unternehmertums grundsätzlich gegenteiliger Natur sind; die Christlichen betonen dagegen, der Klassenkampf sei nicht mit christlichen Grundsätzen zu vereinbaren, aus diesen heraus seien die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter berechtigt. Die bestehenden Verhältnisse entsprechen in mancher Beziehung nicht der göttlich gewollten Ordnung und müssen dieser angepaßt werden. Dieses Ziel zu erreichen sei der Christlichen Pflicht und Streben, während die freien Gewerkschaften von diesem Ziel nichts wissen wollten, im Gegenteil, die Religion zu bekämpfen suchten.

Die letztere Behauptung ist tatsächlich eine demagogische Erfindung: die freien Gewerkschaften wollen die auch von den Christlichen im allgemeinen als berechtigt anerkannten wirtschaftlichen Forderungen durchsetzen! Wenn ihnen dabei durch Missbrauch der Religion Schwierigkeiten bereitet werden, und sie weisen solche Versuche zurück, dann ist das keine Bekämpfung der Religion oder irgendwelcher Konfession, es ist nichts mehr und nichts weniger als die pflichtgemäße Wahrung berechtigter Interessen gegen unberechtigte Einmischung.

Die wirtschaftlichen Forderungen sind nicht unsittlich, sie sind vielmehr, wie die Christlichen behaupten, im göttlichen Willen begründet. Darum kann auch nicht die Geltendmachung jener Forderungen, sondern höchstens die Durchkreuzung derselben, der Kampf und Widerstand dagegen, als Feindschaft gegen Religion und Christentum angesprochen werden. Wo es anders ist, sind Religion und Christentum nur Worte ohne wahhaft edle Bestrebungen als Motiv. Die Worte beden Ziele und Absichten, die verschleiert werden sollen. Warum hört man nie von den Hüttern und Dienern der Religion die Erklärung: Diejenigen christlichen Unternehmer, die die Arbeiter erst noch um die Anerkennung der im Christentum begründeten Forderungen kämpfen lassen, und die die Anerkennung der christlich berechtigten Ansprüche versagen oder gar deren Geltendmachung durch wirtschaftlichen Terror, Maßregelung und Verfemung bestrafen, sind Feinde der Religion, mit denen Gemeinschaft zu haben treuen Kindern der Kirche verboten ist? Warum hört man nicht solche in den Tatsachen begründete Erklärungen? Warum muß man erleben, daß Diener der Kirche sogar Unternehmern hilfreich beispringen, die christlich berechtigte Forderungen christlicher Arbeiter ablehnen und bekämpfen? Weil der Hinweis auf die Religion nur den Zweck hat, die Kampffähigkeit der Arbeiterschaft gegen das „gottlose Kapital“, wie Bischof Kettler sagt, zu lähmeln, und den ohne Rücksicht auf die politischen und religiösen Ansichten der einzelnen als Klassenengenossen vereinigten Unternehmern Handlangerdienste zu leisten.

Wie schon bemerkte, ist es Zweck und Aufgabe der freien Gewerkschaften die berechtigten Interessen der Mitglieder wahrzunehmen. Was die Christlichen im allgemeinen fordern, deckt sich materiell mit den von den freien Gewerkschaften erhobenen Forderungen. Von welcher Weltanschauung die beiden Gruppen ausgehen, kann eigentlich ganz ausgeschaltet werden. Wenn von beiden Anschauungen aus die oben stizierten wirtschaftlichen Forderungen als berechtigt anerkannt werden, dann kann man logischerweise vom christlichen Standpunkt den freien Gewerkschaften nicht den Vorwurf machen, sie bekämpfen die Religion, wenn sie für jene Forderungen eintreten. Ob man mit katholischer, evangelischer, semitischer, atheistischer oder sonst irgend einer Anschauung für einen wirtschaftlichen Vorteil eintritt, das ist für die materielle Wirkung ganz gleichgültig. Wenn ich einen Stein nehme und schleudre ihn fort und treffe einen Menschen an den Kopf, dann kommt in dem Schmerzgefühl des Getroffenen nicht die Absicht des Wurfs zur Geltung; ob ich ihn absichtlich traf oder nicht, das ist für die physische Erregung, die der Wurf auslöst, ganz gleichgültig; ein Erhöfener wird nicht lebendig, wenn er nur aus Zufall getroffen würde; ein Getöteter ist egal tot, ob er aus Rache ... aus Habgier einen tödlichen Streich empfing. Und einem Unternehmer ist es ganz gleichgültig, ob der Arbeiter, der höhern Lohn fordert, der christlichen, jüdischen oder gar keiner Kirchengemeinschaft angehört. Das haben christliche Arbeiter ja leider schon oft genug erfahren müssen. Gerade dann, wenn

sie lauter Belenner zum Kirchenglauben gegenüberstanden, begegnete ihnen christlich begründeten Forderungen schärfster Widerstand, belamen sie die kapitalistische Feindschaft am schmerhaftesten zu kosten. Dass katholische Kirchensäulen von ihren Arbeitern kategorisch die Verzichtsleistung auf ihre Staatsbürgerrrechte verlangten, die Wahl stellten: „Entweder Austritt aus dem — christlichen Verbande, oder Entlassung!“ das hat oft genug die christliche Gewerkschaftspresse selbst berichten müssen. Und dass die christlichen Unternehmer sich den Rückzug um die sogenannten christlichen Grundsätze im Wirtschaftsleben kümmern, mit zäher Energie die Wege des „gottlosen Kapitals“ wandeln, das sieht man in ungetrübter Klarheit z. B. im frommen Oberchristen bestätigt. Dorf, unter der Herrschaft der Oberchristen Graf Ballotrem, Fürst Blech, Graf Matuschka usw. findet man die allerhartigsten Arbeitsverhältnisse in ganz Deutschland.

Wenn nun das, was Bischof Kettler, was die Führer der christlichen Organisation als den göttgewollten, christlichen Grundsätzen entsprechend geltend machen, von freien Gewerkschaften gefordert, von Kirchentreuen Unternehmern bekämpft wird, dann müßte logischerweise von den wahren Christen die freie Gewerkschaft verteidigt, das Unternehmertum als unchristlich bekämpft werden.

Damit stoßen wir auf das sinnensfüllig Widersprüchvolle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Das, was die freien Gewerkschaften fordern, ist an sich nicht unchristlich, es ist ja in der Hauptsache dasselbe, was auch die Christlichen programmatick als Aufgabe ihrer Organisation festlegen. Die christlichen Agitatoren erklären dazu: Wenn christliche Grundsätze im Wirtschaftsleben Geltung hätten, brauchten jene Forderungen nicht erhoben zu werden. Dann wären sie längst bewilligt und durchgeführt. Indem wir für die als berechtigt anerkannten Forderungen eintreten, kämpfen wir für das wahre Christentum.

Nach dieser christlichen Erklärung ist also das, was die christlich organisierten Arbeiter im Wirtschaftsleben bekämpfen, unchristlich. Die frei organisierten Arbeiter haben also doch nicht die zu bekämpfenden Missstände verschuldet, sie haben vielmehr deren Beseitigung schon angestrebt, als noch kein Mensch an christliche Sonderorganisationen dachte. Zur Bekämpfung der unchristlichen Verhältnisse und Zustände im Arbeitsverhältnis bedurfte es also keiner besondern Organisation, es war bereits eine vorhanden, die das beforgte.

Auf der Arbeiterseite hat niemand ein Interesse daran, die sogen. unchristlichen, gottlosen Zustände zu erhalten oder gar zu verschärfen. Anders auf der Gegenseite! Das Unternehmertum, ganz gleich, ob es sich zur christlichen oder nicht christlichen Weltanschauung bekannte, ist sich einig in dem Streben, das, was die christlichen Arbeiterführer als unchristlich bezeichnen, zu erhalten, gegen die Arbeiter zu verteidigen.

Es kann nach der ganzen Anlage und der Agitation der christlichen Gewerkschaften nicht bestritten werden, daß vom christlichen Standpunkt das Verhalten der Unternehmer, soweit sie die christlichen Grundsätze verleugnen, dagegen kämpfen, als dem Christentum feindlich angesprochen werden muß. Und da liegt dann weiter der Gedanke und die Pflicht nahe, diejenigen Unternehmer, die sich offiziell zum Christentum befehlen, in dessen Namen aufzufordern, keine Gemeinschaft mit den unchristlichen Bestrebungen huldigenden unchristlichen Unternehmern zu haben, durch Gründung christlicher Unternehmerorganisationen den christlichen Grundsätzen zu dienen.

Aber noch keines Menschen Ohr hat es gehört, daß ein Kaplan also zu den Christen im Unternehmerlager sprach, ihnen sagte: Dort sind die Feinde des Christentums, mit denen ihr nicht Gemeinschaft haben dürft, wollt ihr nicht Schaden nehmen an eurer Seele!

Nichts von solcher Anweisung im Namen des Christentums! Dagegen sehen wir, wie die strammlsten Katholiken, kirchliche Würdenträger beider Farben mit Juden und Atheisten in einer Organisation vereinigt, den Kampf gegen „christliche“ Grundsätze und Forderungen organisieren und verschärfen, wir sehen ihr Streben darauf gerichtet, das zu erhalten, was den christlichen Arbeitern als göttlos, unchristlich bezeichnet wird. Weiter sehen wir, wie die offiziellen Redner und Verteidiger des Christentums diejenigen auseinander organisieren, die unter dem unchristlichen Tun und Verhalten des Unternehmertums leiden.

Muß sich da nicht jedem denkenden Menschen die Überzeugung aufdrängen, daß die Arbeiter mit dem Hineintragen religiöser Fragen in die Wirtschaftskämpfe betrogen werden? Ist es wahr, daß das, was wir und unsere Arbeitsbrüder im christlichen Lager fordern, christlichen Grundsätzen, göttgewolltem Willen entspricht, dann ist es Verrat an diesen Grundsätzen, an diesem Willen und an Arbeiterinteressen, wenn die Arbeiter durch Gründung von Sonderorganisationen auseinander gerissen, als Kämpfer geschwächt werden; es ist doppelter Verrat, weil man es guthiebt, daß diejenigen, die für Erhaltung der unchristlichen Verhältnisse kämpfen, die Unternehmer, sich ungestört zusammenschließen können.

Es ist offensichtlich: die Gründung christlicher Organisationen ist anderes nichts als ein schläfer Unternehmertum, der bei bewussten und unbewussten Handlangern der Klasseninteressen der Kapitalisten leider weitgehende Unterstützung gefunden hat. Den Arbeitern muß endlich die Erkenntnis kommen, daß sie belogen und betrogen worden sind, daß ihr heiligstes Interesse, das Wohl ihrer selbst und ihrer Familie es gebieterisch verlangt, sich von der kapitalistischen Beworbung frei zu machen, mit den Sonderorganisationen aufzutun, um in der Einheitsorganisation die zur Errreichung ihres gemeinsamen Ziels notwendige Macht und Stärke zu erlangen.

Amtliche Streifstatistik in Deutschland und im Auslande.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat schon mehrfach nachgewiesen, daß in der vom kaiserlich Statistischen Amt bearbeiteten deutschen Streifstatistik jährlich mehrere hundert Streits fehlen. Anspruch auf Vollständigkeit und Zuverlässigkeit kann daher die offizielle deutsche Streifstatistik nicht erheben. Unklarlich der Debatt über den Statistiker „Statistisches Amt“ hat der Abg. Begleitender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem neuen Staatssekretär von Bethmann-Holleweg, die zunehmende Unzuverlässigkeit der amtlichen Streifstatistik vorgehalten und erklärt, wenn der vom Statistischen Amt herausgegebene Fragebogen dahin abändert würde, daß er lediglich zur Aufnahme einer Streit und nicht nebenbei noch der Kriminalstatistik diene, so würden die Gewerkschaften auch bezüglich der Streifstatistik dem Amt behilflich sein können.

Die Antwort des Staatssekretärs entmete den Polizeigeist, dem sich anscheinend kein preußisch-deutscher Minister entziehen kann, selbst wenn er vorurteilsfrei ist, wie Posadowsky Nachfolger von sich behauptet. Bethmann-Holleweg erkannte unumwunden die großen Mängel unserer amtlichen Streifstatistik und die hohe Vorsicht gerade dieser Erhebung an. Aber er blieb, wie sein V. Anger, dabei, es müßten in den Fragebogen auch die Fragen nach Kontrahenten, Belästigung von Arbeitsswilligen und dergleichen gestellt, fürzum polizei-kriminalistische Recherchen unternommen werden.

In Wirklichkeit haben solche Fragen mit einer Streifstatistik nichts zu tun. Diese soll nur die Zahl und Dauer, den Umfang, die Ursachen und den Ausgang der Streits, ihre Verteilung auf die Erwerbszweige und Landesteile erfassen. Es kennzeichnet recht gut die Art der deutschen Sozialstatistik, daß selbst in sozialpolitisch weit hinter uns zurückgebliebenen Ländern die offizielle Streifstatistik vorurteilstreit erhoben wird als bei uns. In Deutschland macht man es noch immer durch die Art der Fragestellung den Arbeiterorganisationen leider unmöglich, der offiziellen Streifstatistik Unterlagen zu liefern; diese Erhebungen werden bei uns von — der Polizeibehörde angestellt. Selbst in Spanien bedient sich das offizielle „Instituto der sozialen Reform“ zwecks Feststellung der Streifstatistik in ersten Linie der Provinzial- und Kreisjuntas. Das sind die durch das Gesetz vom 13. März 1900 vorzugehenden sozialen Ausschüsse, zusammengesetzt aus Arbeiter- und Unternehmervertretern, ergänzt durch Vertreter der Geistlichkeit und der Bürgervorwaltung. Die von den Juntas auf Verlangen des „Instituts“ ausgestellten Fragebögen sind vor ihrer Abhandlung den Arbeiter- und Unternehmerdelegierten zur event. Korrektur oder Ergänzung vorzulegen, damit etwaige Unrichtigkeiten ausgeglichen werden. Es wird zwar auch gefragt nach den „freiwillig oder gezwungen Streitenden“, indessen ist den Arbeitervertretern Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen.

Früher hat auch die „Generaldirektion für Statistik“ in Frankreich sich vorzüglich der Polizeibehörden für die streifstatistischen Erhebungen bedient. Das von den Sozialisten geforderte, auf Grund des Gesetzes vom 29. Juni 1902 errichtete „Arbeitsamt“ ist den bessern Weg gegangen. Es wendet sich direkt an die beteiligten Kreise, Arbeiter- und Unternehmer, bezw. deren Organisationen, erhalten die streifstatistischen Bogen, die keine kriminalstatistischen Fragen enthalten, zur Ausfüllung. Erst wenn diese direkte Befragung kein Material liefert, oder nebenher, werden die betr. Gemeindevertrechte, bei Grubensstreits die Amtsvorstände befragt.

Das niederrändische „Centralbureau für Statistik“ wendet sich gemäß den Verordnungen von 1906 an die Arbeitsämter um Angabe der Adressen der an dem betreffenden Streit beteiligten Arbeiter- und Unternehmerverbände oder der Arbeitsfachvereine. Der Arbeitsamts-Sekretär ist gelegentlich verpflichtet, die Adressen zu ermitteln und dem „Centralbureau“ anzugeben. Dieses wendet sich direkt an die Streitbeteiligten, erfragt aber keine kriminalistischen „Rebenunstände“ und wird deshalb fast immer von den Arbeitern unterstützt. Wenn eben möglich, sucht das „Centralbureau“ ohne Hilfe der Polizeibehörden auszukommen.

In den skandinavischen Ländern (Schweden, Norwegen, Dänemark) ist man auch nicht der Meinung, eine offizielle Streifstatistik müsse „nebenbei“ polizeilichen Recherchen dienstbar gemacht werden. Das schwedische Arbeitsstatistische Amt wendet sich direkt an die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, differenziert die erhaltenen Auskünfte, so sucht sich das Amt durch unmittelbare Sachverständige oder durch seine Ortsvertreter aufzuladen. Das norwegische statistische „Centralbureau“ entnimmt sein streifstatistisches Material den Berichten der Arbeitsfachvereine, den Arbeitsmarktdokumenten und den Unternehmerzeitungen. Im „Statistischen Bureau“ führt Dänemark verschafft man sich durch unmittelbare Befragung der beteiligten Centralverbände der Arbeiter und Unternehmer das Grundmaterial für die Streifstatistik; erst nach Befragung dieser Quellen wendet man sich event. an andre Auskunfts Personen.

Ahnlich organisiert sind die bekannten streifstatistischen Aufnahmen in England, Frankreich, Belgien und Österreich, wo sich die Arbeiterstatistischen Amtier unmittelbar mit Fragebögen an die Betriebsorganisationen wenden, bzw. durch eigens angestellte Korrespondenten das Utmaterial sammeln lassen oder die Gewerbevereinigungen benutzen.

Zu polizei-kriminalistischen Zwecken wird die offizielle Streifstatistik mißbraucht in — Ungarn und Russland! Auf dies trübelige Gemeinschaft kann sich das „Institut der Sozialreform“ wirklich nichts einbauen. In Ungarn sind die unteren Polizei- und gewerblichen Ausschüsse beauftragt von Amts wegen verpflichtet worden, den Gewerbebeamten von allen Arbeitsstreitigkeiten Nachricht zu geben, einen von der Gewerbeinspektion ausgegebenen Fragebogen auszufüllen, der dann an die „Abteilung für Gewerbeförderung“ im Handelsministerium gelangt. Die dort bearbeitete Statistik erfaßt auch die „Einschüchterung Arbeitsswilliger“; in welchem Betracht dafür bürgen die berichterstattenden Polizeibehörden.

Die russischen Fabrikinspektoren haben die Anweisung, über jeden in ihrem Inspektionsbezirk befindlichen und der Inspektion unterstellten Betrieb eine Zählstelle auszufüllen. Das so gewonnene, naturgemäß sehr mangelhafte Material wird in der „Fabrikabteilung“ des Gewerbeminsteriums verarbeitet, wobei dem „Terrorismus gegen Arbeitsswillige“, den „Kontrahenten“ ebenfalls nachgegangen wird, wie in Deutschland.

Die Russen, eine Streifstatistik müssen auch zur Sammlung von polizei-kriminalistischen Daten benutzt werden, teilt demnach Herr von Bethmann-Holleweg mit seinen Fachkollegen in Spanien, Ungarn und Russland. Es ist gewiß kein Zufall, daß in diesen drei Ländern die breite Masse des gewerbstätigen Volkes keinen fauligen Einfluß auf die Regierung des Landes hat. In dieser Hinsicht gestellt sich der preußische Staat würdevoll zu ihnen. Da bekanntlich die reichsdeutsche Sozialpolitik bestimmt von dem preußischen „Vorstand“ beeinflusst wird, so ist hinreichend erklärt, warum zum großen Schaden der Statistik gerade in Preußen-Deutschland wie in Spanien, Ungarn und Russland mit den offiziellen streifstatistischen Erhebungen solche Errichtungen entwickelt sind, die den Gewerkschaften äußerst liefern sollen.

Solange hierin kein Wandel geschaffen wird, kann man den Gewerkschaften nicht verdenken, daß sie sich weigern, mitzuhalten an der „Materialsammlung“ für ein von den zentralindustriellen Scharfmachern gewünschtes Erdosstellungsgesetz gegen die Gewerkschaften. Solange bleibt die amtliche deutsche Streifstatistik aber auch in deßlagentwüriger Weise so unvollständig und unzuverlässig wie bisher.

D. S.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

= Graf Arnim-Muskau als Arbeitgeber.

Der durch sein Verhalten im Reichstage unruhigst belämmerte Graf Arnim-Muskau besitzt außer verschiedenen anderen Unternehmungen auch in Weißwasser eine Dampfziegelei, in der ca. 30 männliche und 2 weibliche Personen beschäftigt sind. Es beträgt der Höchstbundelohn für Kollegen im Alter von 18—40 Jahren 26 Pf. Dies nicht bei der jetzigen Jahreszeit einen Tagesverdienst von 2,34 Ml. und im Sommer bei 11 Stunden Schicht ungefähr 2,86 Ml. aus. Die Kollegen unter 18 Jahren erhalten aber die horrende Summe von zehn und schreibe 16—17 Pf. Stundenlohn. Damit die Arbeiter zum größten Teil Ungarn, nicht zu viel mit andern Arbeitern zusammenkommen, wobei die schlechte Bezahlung für die schwere Arbeit ans Logestlicht gebracht werden könnte, ist eine "Wohlfahrtseinrichtung" in Form einer Wohnstätte für die Arbeiter auf der Ziegelei errichtet. Hierüber einiges:

Den unteren Teil des "Wohnhauses", das aus Fachwerk besteht, bilden eine Dellaumauer (neuerdings), die Küche ohne Fenster, ein Raum für die weiblichen Arbeiter und ein größerer Speiseraum. Darüber in dem ersten und letzten Stockwerke befinden sich die Wohnräume der Arbeiter, die zu gleicher Zeit als Schlafräume benötigt werden.

Der erste Wohnraum ist 6 Meter lang, 4½ Meter breit und hoch sind sämtliche 2½ Meter. In diesem ersten, der als bester Raum zu nennen ist, befinden sich 8 Betten, in denen je ein Arbeiter schlief. Die beiden nächsten Räume sind gleich groß und zwar je 4 Meter lang und 4½ Meter breit. In dem einen dieser Ställe, denn solche sind es nur, stehen 5 Betten, die je 90 Centimeter breit sind, und darin schlafen in jedem zwei jugendliche Arbeiter, die im äußeren gegenüber liegen 7 Betten, die ebenfalls teilweise von zwei Arbeitern des Nachts benutzt werden. Als Stuhl oder Tisch dienen in den letzten beiden die Betten, da wegen Raumangst Stühle oder Tische an die Decke gehängt werden müssen. Der letzte Raum dient nur dem Brennen und ist 3 Meter lang und 2 Meter breit. Ein Bett, ein künstlich zusammengestelltes Ding als Tisch, ein Kesselloffner, ein kleiner Ofen und das Dach ist gerammt voll. Hier müssen den Sommer über, wenn zwei Brenner vorhanden sind, beide dieses Dach abwechselnd bei Tag und Nachtzeit benutzen, so daß das Bett überhaupt nicht ausdrücken kann. In den sogenannten hölzernen Bettenställen befindet sich ein Strohsack, in dem herzig wenig Häufchen vorhanden, ein Kopftuch, ein Bettlaken und als Zubede dient eine Wolldecke. Das diese Decken sich in recht reinigungsbefürchtigem Zustande befinden, läßt sich dadurch erklären, daß diese Decken im Jahre höchstens einmal gewaschen werden, auch wird der Fußboden, der aus Holzblechung besteht, alle Jahr nur einmal geschenkt, gefegt dagegen alle Tage. Das sich hier das Ungeziefer in Gestalt von Flöhen, Wanzen und sonstigen schädigenden Tieren breit macht, versteht sich am Klande. bemerklich muss allerdings werden, daß die Kollegen für diese Ställe keinen Wiedergang zu bezahlen brauchen. Nur für das Mittagessen und den Kaffee zum Besper sind alle 14 Tage 4 Ml. zu entrichten. Alle andern Rahmenmittel dürfen sich die Kollegen selbst beschaffen. Zur Reinigung dienen für sämtliche Arbeiter ganze 2 Waschgefäße, handlicher sind überhaupt nicht vorhanden. Ein Kleiderschrank wäre ebenfalls wegen Raumangst überschüssig, somit muß jeder seinen Sonntagsanzug an der Wand hängen. Damit die Sachen aber nicht infolge der feuchten Wände verfaulen, muß man wohl bedacht sein, und gehörig hartes Papier an der Wand befestigen. — In der Ziegelei sind die Zustände nicht weniger verbessert worden. Eine Abstreitung beim Ausbildung hat man bisher noch nicht gelernt, trotzdem schon mancher Kollege in Gefahr schwiebt, verhaftet zu werden. Beschwert man sich etwa gar beim Ziegelmester Kullmann über Missstände, so fallen die schönen Kostenamen. Mit dieser Person werden wir uns gegenentwenden später noch einmal beschäftigen, für diesmal sei noch erwähnt, daß Ohrfeigen bei ihm billiger sind als Ziegelstein. Hoffentlich kommt es ein Gewerbeinspektor einmal um diesen Zisternebetrieb, vielleicht auch Graf Arnim selbst, indem er bei seinen Jagdausflügen auch einmal diese seine Jagd-Gefilde unter die Lupe nimmt.

= Die Arbeitsordnung der Ziegelei Klein-Raude bei Wehlau.

In der letzten Generalversammlung des Verbandes deutscher Ziegeleibetriebe fragte Herr S a c h s - Berlin in gar bewegten Worten über den Mangel an Arbeitskräften in der Ziegelindustrie. Wenn er von billigen und willigen Arbeitskräften gesprochen hätte, so wäre das zwar noch nicht ganz der Wahrheit entsprechend, wäre aber ein gutes Stück entgegengesommen. Wohl haben in der Riesebauland, in Brandenburg und Hannover einige Ziegeleien still gelegen, aber nicht etwa wegen Arbeitsmangels, sondern wegen Konkurrenz an Preis. In der Provinz Brandenburg haben die Ziegelbetriebe fast im ganzen Havelgebiet diese Maßnahmung sogar zu einer Lohnreduzierung ausgenutzt. Allerdings kam ihnen dabei auch der Indifferenzismus der Arbeiter zu Hilfe. In verschiedenen andern Gegenden versuchte man die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Organisation zu verstärken usw., aber ohne Erfolg, da die Kollegen organisiert waren. Wenn sich die Ziegeleibetriebe aber noch erdenken, den Arbeitern Verschlechterungen aufzuzwingen, so kann von Arbeitsmangel im allgemeinen keine Rede sein. Herr Sachs hat ferner all die schönen Wohlfahrtseinrichtungen in den Ziegeleien erwähnt, Arbeitersesse, Weißnachtsgeschenke, billige Kantinen, Brämien (niedrigere Löhne), Fabrikpartien, Schlaf- und Speisefäle, Kochapparate, freies Kochgeschirr, Lieferung von Abenteuerlich einem halben Pfund Brot und einem Brot pro Mann, Bauscheinrichtungen usw., alle diese "Wohltaten" sind notwendig, um die Ziegeleiarbeiter zufrieden zu machen und an den Betrieb zu fesseln. Es steht nur noch, daß den Arbeitern Luft und Sonne und schließlich die Erlaubnis, sich für die Unternehmer einzufinden, zu dürfen, als Postscriptus angesehen wird. Wie darf man doch die Verhältnisse darunter liegen, wenn solche elende Vogesen als Wohltaten empfunden werden. Besonders im Osten soll sich der Arbeitsmangel fühlbar machen, und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir auch dort die angeführten herrlichen "Wohltaten" suchen. In diesem Judentyparadies scheint es mit Arbeiterschutz überhaupt sehr leichtestellt zu sein; es gibt hier nur Arbeiterschutz, welche durch Politiken entzöglicht werden. Das bestätigt auch die uns vorliegende Arbeitsordnung der Ziegelei Klein-Raude bei Wehlau. Dieses famose Gebilde könnte ebenso gut für die Ausübung einer Korrektionsanstalt gelten. Ja jedem Soa kommt die ekelhafte Dreiflügeligkeit: Arbeit, Pflicht und Strafe zum Ansehen. Ein laufen hier einige Bestimmungen folgen:

„Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, vor seinem Eintritt bis zum Schluss der Sommersaison für die Allordnung in der Ziegelei zu arbeiten, welche durch Auftrag im Ringofen bekannt gemacht wird. Bereits der mit der Ziegelei verbundene landwirtschaftliche Bereich ist erfordert, sind diesbezüglich verpflichtet, gegen den zur jetzt fälligen Fasching an den Landarbeiter zu tragen. Jeder Arbeitnehmer hat die ihm von dem Beamten übertriefene Arbeit zu verrichten, auch den Ausbauarbeiten des Beamten sowie des Betriebszimmers unbedingt zu folgen.“

Sämtliche Arbeitnehmer sind verpflichtet, auch an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten, sowohl dies in Rüstöfen, zur Reinigung und Frischhaltung, zur Aufrechterhaltung des regelmäßigen Betriebes erfordert, und gelegentlich zu tun.“

Bei jeder Lohnzahlung kann zur Sicherung der in § 21 Absatz 2 genannten Verpflichtungen der 10. Teil des verdienten Lohnes einbezogen werden, bis der Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes erreicht ist. Diese Gründen wird dem Arbeitnehmer zum Erfüllen der Sommersaison verhafte am 1. Oktober, anzusehen, wenn es die dafür vereinbarten und Pflichten nachgewiesen sind. Wer vor Schluss der Sommersaison die Arbeit verläßt, aber gegen den in § 6 erzöglichen Verzug entlassen werden will, der kann jedoch Entschädigung für die unvollständige Arbeit.“

Die Arbeitszeit ist im allgemeinen folgende: am Sonnabend und am Sonntag von 5½ Uhr morgens bis

6 Uhr abends, an allen anderen Werktagen von 5½ Uhr morgens bis 7 Uhr abends.“

Gewich über Arbeit und Pflicht, und nun zu den Strafen:

Die Festsetzung der Strafen geschieht durch den Arbeitgeber. Geldstrafen werden den Arbeitern ohne Berzug zur Kenntnis gebracht und bei der nächsten Abrechnung vom Lohn gekürzt.

Wegen Übererreichung dieser Arbeitsordnung können vom Arbeitgeber nach Erhöhung der Beamten Geldstrafen verhängt werden, die bei der nächsten Lohnzahlung von dem stelligen Lohn in Abzug gebracht werden. Solche Strafen können in folgenden Fällen erfolgen:

1. Im Betrage von 10—50 Pf. bis zum Höchstbetrage eines Viertels des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes;

a) bei unentbehrlichem Zusätzlichen, Vorleihen und vorzeitigem Verlassen der Arbeit ohne Erlaubnis;

b) bei Nachlässigkeit oder Ordnungswidrigkeiten in der Bedienung der Maschinen und Werkvorrichtung;

c) bei verbotenen Genuss von Spirituosen, Bier und Tabak;

d) bei kleinen Verstößen gegen den Anstand, ungehörigem Benehmen und Dergleicher.

2. Im Betrage von 25 Pf. bis 1 Ml. bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes:

a) bei mehrmals wiederholtem Zusätzlichen und vorzeitigem Verlassen der Arbeit;

b) bei ungerechtfertigtem Ausscheiden von der Arbeit;

c) bei groben Beleidigungen und Tolligkeiten gegen Mitarbeiter;

d) bei achtungswidrigem Verhalten gegenüber dem Rücksichtspersonal;

e) bei Fahrlässigkeiten, durch welche die Sicherheit des Betriebes gefährdet werden kann;

f) wegen Trunkenheit.

Alle Strafbeträge, sowie die nach § 5 festgehaltenen und verfallenen Lohnreste fließen in die Arbeitserlöserlöschungsfasse dieser Ziegelei, über welche der Arbeitgeber mit den Beamten nach jedem Ende verfügt.“

Diese Stichproben lassen es begreiflich erscheinen, daß sich die Arbeiter nicht besonders nach diesem Eldorado sehnen. Die ganzen Bestimmungen atmen den Geist der Willkür und Selbstherlichkeit, wie er den ostdeutschen Kraut- und Schlotunterern eigen ist. Was ist denn eigentlich unter "kleinen Verstößen gegen den Anstand" zu verstehen, etwa wenn der Arbeiter den Orling nicht sieg genug macht? Ebenso unbegrenzt sind die Begriffe von "ungehörigem Benehmen" und "achtungswidrigem Verhalten", es kommt da lediglich der Grad des Geschwänzns in Betracht, mit welchem das betreffende "Vorgelebte" bestraft ist. Leicht wird es für die Arbeiter jedenfalls nicht sein, durch einen solchen Wust von Strafbestimmungen und Verpflichtungen durchzufinden, ohne mit ihnen zu kollidieren. Viel einfacher wäre es gewesen, das wenige anzuführen, wozu der Arbeiter nicht verpflichtet ist, und was nicht bestraft wird.

Mit welchem Raffinement die Strafbestimmungen gehandhabt werden, und welche Folgen sie zeitigen müssen, zeigt folgender Fall, der sich in der Ziegelei Memannia abspielt und der am 4. Februar vor dem Strafgericht zu Wehlau verhandelt wurde. Der Ziegelbrenner Gledé war mit dem Kusseher, Ziegelmesser Hinz, in Streit geraten. Hinz hatte es fertig gebracht, die Familie Gledé, von der noch zwei Söhne und eine Tochter in der Ziegelei arbeiteten, durch Verhängung von Strafen den Lohn, der 22 Pf. pro Stunde beträgt, herab zu füren, daß seit Mitte des Sommers dem Gledé allein 11 Ml. abgezogen wurden. Eines Tages kam Hinz grinsend zu dem arbeitenden Gledé, um ihm zu sagen, daß einer seiner Söhne schon wieder 50 Pf. verdient habe. Diese Strafe war ihm wegen Rauchens einer Zigarette beim Arbeitseinstieg subtiliert worden. Im Laufe der Unterredung stieg, als er noch höhnische Bemerkungen anhören mußte, dem alten Gledé das Blut hoch zu Kopf. Als dann der Kusseher ihn gar von seiner gewohnten Arbeit loslösen und ihm noch minder bezahlt anweszen wollte, ergriff Gledé in höchster Erregung eine Kohlenstaubfass und schlug damit seinem Weiniger über den Kopf. Das Schöffengericht verurteilte den faulhafträchtigen, bis dahin gänzlich unbestraften Arbeiter zu 3 Wochen Gefängnis. Als Zeugen waren nur der Kusseher Hinz und der Vater der Ziegelei, Infanterist Neimer, geladen. Trotz des Vorsfalls erklärte dieser: „Gledé ist ein ordentlicher Arbeiter. Ich wäre aufgetrieben, wenn ich nur solche Leute hätte.“ Dennoch erfolgte die Verurteilung des Gledé zu 3 Wochen Gefängnis.

Als eigentlich schuldig an der Körperverletzung ist unsres Gekächts nicht der Kusseher anzurechnen, sondern die Arbeitsordnung. Solchen Drangsaliungen und Schikanen sind die Arbeiter nur dort unterworfen, wo sie der Organisation noch gleichgültig gegenüberstehen. Hoffentlich trägt dieser Fall dazu bei, den dortigen Arbeitern die Unwürdigkeit einer solchen Verhandlung zum Bewußtsein zu bringen. Gleichzeitig dürfte er auch für den Herrn Sachs ein Fingerzeig sein, um sich für die nächste Generalversammlung des "Verbandes der Tonindustriellen" einwandfreies Material über die Ursachen des Arbeitsmangels in der Ziegelindustrie zu verschaffen.

— Auch die Ziegelindustrie hat Innungen aufzuweisen, und zwar beide Schattierungen, Zwangs- und freie Innungen. Die Zahl der Zwangsinnungen ist zwei mit 48 Mitgliedern. Freie Innungen zählt die Statistik in mit 404 Mitgliedern. Bei den Mitgliedern der Zwangsinnungen waren am 25. Oktober 1904 24 Gesellen und zwei Lehrlinge beschäftigt, bei den freien Innungsmätern waren 377 Gesellen und 177 Lehrlinge. Die Einnahme der Zwangsinnung war 142 Ml. Die freie Innung hatte 2722 Ml. Einnahme, der 2181 Ml. Ausgabe entgegenstand. Gerade in der Ziegelindustrie ist erwiesen, daß die zünftige Organisation nicht als feindselige, des Aufbaues fähige Zelle, sondern als verkümmertes Rubiment anzusehen ist.

— Dömitz. Die Leitung der Norddeutschen Klinker- und Verblendsteinwerke in Wendisch-Weydingen bei Dömitz a. d. Elbe hat es sich nicht verneinen können, die ohnehin schon miserablen Lohnverhältnisse noch zu verschlechtern. Vor nicht langer Zeit war durch Auftrag bekannt gegeben, daß die Lohnzahlung statt sonst achttagig, alle 14 Tage stattfinden sollte. Auf die Beschwerde seitens der Kollegen erfolgte prompt die Antwort, nem es nicht passe, der könne ja gehen. Die Firma kann sich diese Uebergriffe nur deshalb erlauben, weil sie über eine Anzahl polnischer Arbeiter verfügt, welche durch einen Vertrag mit dem Betrieb geschlossen und deshalb nicht in der Lage sind, mit ihren übrigen Arbeitskollegen gemeinsame Sache zu machen.

Dieser Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Zwischen der Firma bzw. deren Beauftragten und dem Endes unterzeichneten wurde heute folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

1. Der unterschriebene Arbeitnehmer verpflichtet sich, auf obiger Frist vom Beginn der Kampagne 1908 bis zum Ende derselben ohne Unterbrechung fleißig und folgsam zu arbeiten, gemäß den Anordnungen des Betriebsleiters bzw. dessen Stellvertreters. Als Schluß der Sommerkampagne ist der 1. November festgesetzt, für die Übernahme in die Winterkampagne ist eine vierwochentliche gegenwärtige Rüstigungsfrist vereinbart. Wird am 1. Oktober des Kampagnenjahrs nicht gefündigt, so läuft der Vertrag weiter bis zum 1. März des folgenden Jahres. Wird vom Kampagnearbeiter die Arbeit vor Schluß der Kampagne verlassen, so steht der Firma als Konventionalstrafe ein Betrag in Höhe von 30 Ml. zu.

2. Als Lohnstück ist ein Stundensatz von 26 Pfennig vereinbart, jedoch soll nach längerer Anwesenheit oder nach Erarbeitung Teil-Hördolde eintreten; von der Löhnung werden in Abzug gebracht:

a) die geringlich dem Arbeiter zur Last fallenden Dienstage,

b) die Auslagen für Wohnung und Kantine,

c) die Dienstleistungen,

4) bei jeder wöchentlichen Lohnzahlung 1 Ml. bis zur Gesamthöhe von 80 Ml. Dieser Rückhalt dient zur Sicherheit der Vertragsverfügung und wird bei ordnungsmäßigem Abgang am Schlusse der Kampagne ausbezahlt,

5) der Betrag für die Herzeile in Raten a 50 Ml. Der Einhaltung des Vertrags erhielt die Firma den Betrag zurück. (Da müssen die Arbeiter bei der Lohnzahlung wahrscheinlich noch Geld mitbringen. D. R.)

6. Begehlich der Arbeitszeit wird bestimmt, daß, so oft es die Verhältnisse erfordern, 14 bis 15 Stunden täglich gearbeitet werden müssen, und daß, wenn es die Fabrikleitung wünscht, alle diese Ressortverteilung, Regenwetter oder sonstige Betriebsstörungen eintretenden Verhältnisse durch Überstunden ausgeglichen werden müssen.

Die sich hierbei ergebende Nacharbeit, das heißt von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens, wird mit 25 Prozent Aufschlag vergrößert.

7. Als besondere, zu sehnende katholische Festtage gelten Karfreitag, Peter und Paul, Allerseelen.

8. Im übrigen ist die beobachtigten Genehmigung, sowie die Hausordnung maßgebend.

..... den 19 ..

Der Arbeitsvertrag legt für Pflichtverlegung und widerrechtliche Auslösung des Arbeitsverhältnisses einen Schadensersatz fest, dessen Höhe mit den gesetzlichen Bestimmungen durchaus nicht in Einklang zu bringen ist. Hoffentlich greift hier die Gewerbeinspektion! baldigst ein. Nach Angabe des Arbeiters lassen auch die Betriebsvereinigungen vieles zu wünschen übrig.

Es fehlt das Trinkwasser vollständig, der Speisesaal ist der Zahl der Arbeiter entsprechend zu klein. Die Verlader an der Elbe sind den Witterungsbedürfnissen bei. Einnahme der Mahlzeiten vollständig ausgesetzt, weil keine Luke vorhanden ist. In der Tongrube fallen die Seitenwände teil ab und sind teilweise unterminiert. Durch Abfall von Erdmassen erlit ein Arbeiter von Monatsfrist einen Knödelbruch. Bei welchem Brod die Strafgericht verwandt werden, ist keinem der dort beschäftigten Arbeiter bekannt.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der anständigen Arbeiter sind ebenfalls mit einem Wort traurig zu nennen. Für die selben besteht eine offizielle Arbeitszeit, für Überstunden wird kein Aufschlag bezahlt. Der Lohn beträgt im Innenbetrieb 80 Pf., für alle übrigen Arbeiter 28 Pf. pro Stunde. Die Tonlader, Eins- und Rückschieber und Verlader werden im Allora beschäftigt und verdienen bei des anstrengendsten Tätigkeiten 26—28 Pf. pro Stunde. Erzielter Überzug wird in Abzug gebracht.

Bei den Verlader kommt es vor, daß dem einen oder dem anderen Betriebe am Lohn verloren geht, beklagen die davon Betroffenen sich bei ihrem Meister, droht derselbe mit Entlassung. Das sind ja einige "Schönheiten" aus diesem Betriebe. Wir könnten die Liste noch bedeutend verlängern, glauben aber, daß schon das Angeführte deutlich macht, daß die hier beschäftigten Arbeiter die Organisation sehr notwendig gebraucht. Hoffentlich leben sie das recht bald alle ein.

— Ich bitte. In der Zementfabrik Alsen wurden am 1. Januar die Löhne herabgesetzt. Das brachte die Arbeiter endlich zur Verbindung und sie schlossen sich unter dem Verbande an. Darüber ist nur der Betriebsleiter Herr Kräzfeld fachsteuerfrei und der Meister Bisch nicht minder. Kläglich verlangte der letztere, daß die Arbeiter auf dem Boden, die wegen Arbeitsmangels nur halbe Tage beschäftigt werden, Überstunden machen sollten. Damit waren die Arbeiter nicht einverstanden, sie wollten morgens zur rechten Zeit anfangen, aber auch abends zur rechten Zeit Feierabend machen. Es gingen dann auch 30 Arbeiter um 6 Uhr nach Hause. Als sie am andern Morgen wieder zur Arbeit kamen, wurden 12 davon entlassen. Dabei ließ Meister Bisch die Neuhebung fallen: „Es wird bald Zeit, aus dem Verbande auszutreten. Ich habe hier zu sagen, wenn ich befiehle, ihr sollt bis nachts 12 Uhr arbeiten, habt ihr das zu tun und wenn ihr dabei gar nichts verdient!“ Und der Betriebsleiter meinte: „Wenn ihr nichts zu tun habt, so lohnt euch nur vom Verband was geben.“ Wir nehmen den beiden Herren ihre Reden an, gewiß nicht über, aber ein Klein wenig mehr Vorsicht und Einsicht mögen wir ihnen doch empfehlen. Die Arbeiter aber ziehen aus dem Verhalten der Herren, daß sie die Organisation fürchten. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Herren ihr Gewissen ändern müssen.

Rundschau.

— Kapitalprosse im Jahre 1907. Die "Kölner Zeitung" veröffentlichte jährlich in den ersten Monaten eine Aufzähllistung der Errfolge von Aktiengesellschaften, wie sie nach den an der Berliner Börse bekannten Dividendenabgaben sich ergeben. Eine solche Aufzähllistung ist jetzt auch für das Jahr 1907 erschienen und zeigt — in Vergleich zu den im Jahre 1906 erzielten Dividenden gelegt — folgende Prozentziffern:

	1907	1906

<tbl_r cells="3" ix="1" max